



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
26.09.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:33 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:09 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:36 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:00 Uhr
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme ab 14:09 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:42 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17:50 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ,

Christian Feigl
Dennis Helmich
Melanie Ranft
Dr. Regina Schöps
Marko Rupsch
Yvonne Winkler
Tom Wolter
David Hügel
Gernot Nette
Gerhard Pitsch
Alexander Raue

Teilnahme von 15:00 Uhr - 19:04 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Stadttrat
Stadttrat
Stadttrat
Stadttrat

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Ralf Borries
Marco Schreyer
Martin Heinz
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Fachbereich Immobilien
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel
Andreas Hajek
Frank Sänger
Gottfried Koehn
Prof. Dorothea Vent

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

zu Einwohnerfragestunde

Herr Lange eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Franziska Waldmann zum Krienitzweg

Frau Waldmann sprach im Namen der Bürgerinitiative Krienitzweg. Als der Bau der Europachaussee angekündigt wurde, wurde kein Einspruch zum Bau einer Lärmschutzwand erhoben. Die damalige Situation der Wohnsiedlung hätte schon mit dem Bau der Chaussee geklärt werden müssen. Dies ist nicht geschehen. In Folge dessen müssen die Anwohner nun 2,5 km Umweg über die Grenzstraße zu den eigenen Grundstücken fahren. Die Siedlung hat sich mittlerweile zu einer Splittersiedlung entwickelt. Bauvoranfragen und Bauanträge werden unter anderen Gesichtspunkten behandelt. Man ist keine Kleingartensiedlung, sondern eine gewachsene Siedlung mit Bestandsgebäuden und alt eingesessenen Familien, die seit Jahrzehnten dort wohnen. Ringsherum entstehen Baugebiete.

Man möchte mit der Stadt eine einvernehmliche Lösung, sodass die betroffenen Einwohner auf den eigenen Grundstücken Anbauten, Neubauten und Garagenanbauten errichten dürfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass grundsätzlich ein B-Plan-Verfahren eingeleitet werden kann. Ein entsprechender Aufstellungsbeschluss steht auf der heutigen Tagesordnung. Dieser bewirkt, dass sich die Verwaltung mit dem Gebiet sehr intensiv beschäftigt. Dies stellt aber noch keinen B-Plan dar, sondern die Einleitung eines solchen. In dem Bebauungsplanverfahren selbst werden dann alle Pro- und Contra-Argumente abgewogen. Die Verwaltung plädiert dafür, einen Aufstellungsbeschluss zu beschließen.

zu Petra Fischer zu Baumfällungen am Riveufer

Frau Fischer bezog sich auf die geplanten Fällungen der Bäume am Riveufer und Universitätsring. Das Riveufer steht unter Denkmalschutz und für beide Alleen sollte § 18 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalts gelten. Demnach stehen Alleen unter besonderem Schutz und Fällungen dürften nur in Ausnahmesituationen erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Baumallee an der Promenade so weit wie möglich zu erhalten ist. Die Verwaltung positioniert sich hier klar für den Erhalt der Bäume. Es gibt aber auch Stimmen im Rat, die sich gegen den Erhalt aussprechen. Die Diskussion hierzu ist noch nicht abgeschlossen. Seit gestern liegt ein neues Gutachten vor, welches besagt, dass die Bäume nicht von Pilzen befallen sind und demnach zu erhalten sind.

Frau Fischer sagte, dass es immer den Punkt gibt, wo die Ökonomie die Ökologie überwiegt. Sie fragte, ob man dem Bürger transparent darstellen kann, wo dieser Punkt einsetzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies in den entsprechenden Ausschüssen diskutiert wird.

zu **Renate Bochmann zu Baumfällungen am Riveufer**

Frau Bochmann bezog sich auch auf die geplanten Baumfällungen am Riveufer und sagte, dass vorab Gutachten hätten eingeholt werden müssen. Sie fragte, ob es ein Gesamtkonzept für die klimapolitischen Maßnahmen gibt, die die Stadt vorhat.

Außerdem fragte sie, ob die Verwaltung die Kosten für die Bewässerung neuer junger Bäume aufbringen kann.

Sie habe Unterschriften für den Erhalt der Bäume gesammelt. Dabei habe sie einen großen Zusammenhalt der Bürger wahrgenommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf das klimapolitische Leitbild, welches gern zur Verfügung gestellt werden kann. Er betonte, dass noch keine Entscheidung getroffen wurde. Die gestartete Bürgerinitiative ist daher sehr wichtig. Er bedankte sich für dieses Engagement.

zu **Anne-Marleen Müller-Bahlke zu Baumfällungen am Riveufer**

Frau Müller-Bahlke bezog sich ebenso auf die geplanten Baumfällungen am Riveufer und in der Heideallee und fragte in Richtung der Befürworter, welche Inhalte sie in Bezug auf Lebensqualität, Wirtschaftlichkeit, Partizipation, Umweltschutz und technische Optimierung bei der politischen Entscheidungsfindung sehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass noch viele weitere Begrifflichkeiten für die Entscheidungsfindung wichtig sind und verwies auf die noch nicht abgeschlossene Beratung.

zu **Donata Hillger zu Ersatzmaßnahmen bei Baumfällungen**

Frau Hillger fragte, welche Maßnahmen die Stadt ergreift, um hitzebedingt Nachpflanzungen zu ersetzen. Weiterhin sagte sie, dass Naturflächen mit großen Bäumen das Kapital einer Stadt sind. Sie fragte, warum dies keine Berücksichtigung findet.

Herr Rebenstorf antwortete, dass man die nächste Vegetationsperiode abwarten möchte, um zu sehen, welche Neupflanzungen noch einmal austreiben und welche nicht. Erst im Anschluss hat die Verwaltung einen Überblick über die Schäden.

Frau Hillger sagte, von der Unteren Naturschutzbehörde erfahren zu haben, dass nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht. Sie fragte, ob hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Schäden, die durch den Sommer entstanden sind, aufgenommen und ersetzt werden.

Frau Hilliger schlug vor, eine Baumschutzkommission zu bilden.

zu **Wolfgang Petters zu Baumfällungen**

Herr Petters bezog sich auch auf die Baumfällungen. Der Klimaschutz sollte eine große Rolle spielen. Dies verstehe er als Appell an alle.

zu **Bernd Fischer zu Baumfällungen**

Herr Fischer sagte, dass der Universitätsring genauso wichtig ist wie das Riveufer. Er sagte, dass die Einschätzung des Pilzbefalls der Bäume mit Bedacht betrachtet werden sollte. Vor 15 Jahren wurden auch die Bäume am jetzigen Mediziner-campus so eingeschätzt und diese blühen noch heute in voller Pracht.

zu **Annett Rauch zu Baumfällungen am Riveufer**

Frau Rauch sagte, dass sich ihre Anfrage zum Riveufer aufgrund der Vorredner erledigt hat.

zu **Torsten Fritz zu Kalkulationsgrundlagen**

Herr Fritz fragte, ob die Verwaltung auch in der Zukunft die Ermittlung der Kalkulationsgrundlagen an die HWS übertragen wird. Hier hat es in der Vergangenheit Fehler gegeben. Er bat um Darlegung, ob man ein Instrumentarium implementieren sollte, um künftig die Fehler ausschließen zu können.

Weiterhin bat er um Vorschläge, ob es eine Art Forum geben könnte, wo derartige Probleme diskutiert werden könnten.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu **Rodney Thomas zum Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring**

Herr Thomas bezog sich auf den Baubeschluss zur Freiflächengestaltung Universitätsring und fragte, ob die Verwaltung vorab mit allen Betroffenen geprüft hat, ob die geplante Umgestaltung möglich ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass auch die Belange der Menschen mit Behinderung berücksichtigt wurden. Es ist eine entsprechende Abstimmung bezüglich des Denkmalschutzes erfolgt. Auch hier wird im Einzelfall geprüft, ob Bäume gefällt werden oder nicht.

Herr Thomas fragte, wann die Bürgerbeteiligung für Stufe 3 des Stadtbahnprogrammes stattfinden wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Bürgerbeteiligung mit Behandlung in den Ausschüssen stattfindet. Im Rahmen der Einwohnerfragestunde können Hinweise gegeben werden. Aber auch der persönliche Kontakt ist möglich.

zu **Robert Gorgas zur nördlichen Saalequerung**

Herr Gorgas bezog sich auf fünf Grundstücke am Ortseingang Lettin, kommend aus Richtung Kröllwitz, die aktuell als Gartenland oder zur Haltung von Haus- und Nutztieren genutzt werden. Die Eigentümer würden gern Einfamilienhäuser auf ihren Grundstücken bauen. Die Grundstücke liegen in dem Korridor, der für die mögliche zusätzliche Saalequerung freigehalten wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum private Grundstücke für die Trassenfreihaltung genutzt werden. Seit Jahren ist man mit der Verwaltung in Gesprächen, bislang ohne Ergebnis. Er bat darum, zu klären, welche Breite für den Korridor tatsächlich benötigt wird und ob die Grundstücke in diesem Bereich liegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er, wie auch schon in einem persönlichen Gespräch besprochen, dazu rät, einen entsprechenden Antrag auf Baugenehmigung zu stellen. Der Rat hat im Zuge der Vorlage Mobilitätsplan darüber zu entscheiden, ob ein dritter Saaleübergang nötig ist oder nicht. Er sagte eine Prüfung der Lage der Grundstücke zu. Es werden ca. 100 m benötigt, um eine solche Trasse zu bauen.

Er sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Lange beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 46. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom Vorsitzenden, **Herrn Hendrik Lange**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 47 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

Herr Lange informierte, dass Herr Kaßner und Herr Klätte ihr Mandat niedergelegt haben.

Im Folgenden verpflichtete **Herr Lange** die beiden neuen Stadträte, Herrn Gernot Nette und Herrn David Hügel.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.4 + ÄA 7.4.1

Durchführung der elektronischen Abrechnung von Parkvorgängen auf öffentlichen Parkplätzen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/03763

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**

TOP 7.16

Änderung des Baubeschlusses Ausbau Umgestaltung der Salzmünder Straße von Zufahrt Tankstelle bis Heidebahnhof vom 21.06.2017 Vorlagen-Nr.: VI/2017/02923

Vorlage: VI/2018/04186

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**

TOP 7.17 + ÄA 7.17.1

Variantenbeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße

Vorlage: VI/2018/04052

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**

TOP 7.18 + ÄA 7.18.1 + 7.18.2 + 7.18.3

Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer

Vorlage: VI/2018/04187

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Planungsausschuss vertagt**

TOP 7.19

Verzicht auf Variantenbeschlüsse für EFRE-Radwege

Vorlage: VI/2018/04177

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**

TOP 8.2 + ÄA

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW

Vorlage: VI/2018/04059

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**

TOP 8.3

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur graffitifreien Altstadt

Vorlage: VI/2018/04154

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vertagt**

TOP 8.4

Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für Schulen und Kindertagesstätten

Vorlage: VI/2018/04067

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Finanzausschuss und Hauptausschuss vertagt**

TOP 8.5

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses

Vorlage: VI/2018/03881

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**
- **in folgenden Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife

Vorlage: VI/2018/03885

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**
- **in folgenden Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.8

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur modellhaften Einrichtung von „Hol-und Bringzonen“ an Schulen

Vorlage: VI/2018/04082

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Bildungsausschuss und Hauptausschuss vertagt**

TOP 8.9

Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/FDP zum Verkauf kommunaler Flächen am Riebeckplatz

Vorlage: VI/2018/04085

- **Vorschlag: vertagen**
- **Sitzung des Planungsausschusses wurde abgebrochen**
- **Änderung Antragstelle**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er den Rat ausführlich darüber informiert hat, dass es zwei Investoren gibt. Diese nehmen mit der Eigentümerin Kontakt auf. Eine Dringlichkeit ist hier nicht gegeben.

Herr Lange bat im Weiteren um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeit auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
2/3 Mehrheit nicht erreicht

35 Ja - Stimmen
8 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

Herr Lange informierte über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 7.7

Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/03827

→ **hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor:**

- **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter TOP 7.7.1, Beschlussvorschlag geändert**
- **CDU/FDP-Fraktion unter TOP 7.7.2, Beschlussvorschlag geändert**

TOP 7.8

Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor

Vorlage: VI/2017/03339

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM vor**

→ **Behandlung unter TOP 7.8.1**

7.13

Bebauungsplan Nr. 194 "Siedlung am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2018/04224

→ **Änderung in der Sachdarstellung auf Seite 8 und 11**

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor**

→ **Behandlung unter TOP 7.13.1**

TOP 8.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Evaluierung der papierlosen Ratsarbeit

Vorlage: VI/2018/04058

→ **Änderung des Beschlussvorschlages und der Begründung**

TOP 10.8

Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Marktplatz

Vorlage: VI/2018/04287

→ **Änderung der Frage 2**

Herr Krause bat um Vertagung des Tagesordnungspunktes

7.10. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04170

7.10.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bebauungsplan
Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/29018/04170
Vorlage: VI/2018/04215

da hier auch keine Behandlung in den vorhergehenden Fachausschüssen erfolgt ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sprach sich gegen die Vertagung der Vorlage aus. Er sagte, dass der Investor ein Grundstück der Stadt erworben hat und nun entsprechend der Aufstellungsbeschluss eingeleitet werden sollte. Ein speziell dazu einzurichtender Beirat sollte die Chance der Vorberatung haben.

Herr Lange bat im Weiteren um Abstimmung zur Vertagung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Dr. Meerheim beantragte die Vertagung und Verweisung des Tagesordnungspunktes

7.14. Bebauungsplan Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“, 1. Änderung -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/03871

in den Sportausschuss, Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Wolter erklärte den Antrag

8.8. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur modellhaften
Einrichtung von „Hol-und Bringzonen“ an Schulen
Vorlage: VI/2018/04082

aufgrund des Vorschlages der Verwaltung als erledigt.

Herr Eigendorf verwies den Antrag

7.15. Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring
Vorlage: VI/2018/03972

in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die vorgeschlagene Vertagung des Tagesordnungspunktes

- 8.9. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf kommunaler Flächen am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2018/04085

und sagte, dass dieser auf der Tagesordnung verbleiben sollte. Dazu erfolgte keine Gegenrede.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht. **Herr Lange** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 29.08.2018
Vorlage: VI/2018/04414
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Jahresabschluss 2017 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2018/04338
- 7.2. Beherrschungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft
Vorlage: VI/2018/04315
- 7.3. Grundsatzbeschluss zur Bildung von Ortschaften und zur Einführung von Ortschaftsräten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04316
- 7.4. *Durchführung der elektronischen Abrechnung von Parkvorgängen auf öffentlichen Parkplätzen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2018/03763 vertagt

- 7.4.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Durchführung der elektronischen Abrechnung von Parkvorgängen auf öffentlichen Parkplätzen der Stadt Halle (Saale), Vorlage: VI/2018/03763*
Vorlage: VI/2018/04398 vertagt
- 7.5. Mitgliedschaft im „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“
Vorlage: VI/2018/04133
- 7.6. Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat 2018 – 2020
Vorlage: VI/2018/04231
- 7.7. Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03827
- 7.7.1. *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle" (VI/2018/03827)*
Vorlage: VI/2018/04393
- 7.7.2. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage - Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03827 -*
Vorlage: VI/2018/04400
- 7.8. Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor
Vorlage: VI/2017/03339
- 7.8.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor,*
Vorlage: VI/2017/03339
Vorlage: VI/2018/04397
- 7.9. Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2019
Vorlage: VI/2018/04174
- 7.10. *vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss*
Vorlage: VI/2018/04170 vertagt
- 7.10.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/2018/04170*
Vorlage: VI/2018/04215 vertagt
- 7.11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 "Trotha, Solarpark Aschedeponie" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2018/04048
- 7.12. Bebauungsplan Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2018/03820
- 7.13. Bebauungsplan Nr. 194 "Siedlung am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04224
- 7.13.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV B-Plan-Nr. 194 "Siedlung am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss (Vorlage: VI/2018/04224)*
Vorlage: VI/2018/04441

- 7.14. *Bebauungsplan Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss*
Vorlage: VI/2018/03871 verwiesen
- 7.15. *Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring*
Vorlage: VI/2018/03972 verwiesen
- 7.16. *Änderung des Baubeschlusses Ausbau Umgestaltung der Salzmünder Straße von Zufahrt Tankstelle bis Heidebahnhof vom 21.06.2017 Vorlagen-Nr.: VI/2017/02923*
Vorlage: VI/2018/04186 vertagt
- 7.17. *Variantenbeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße*
Vorlage: VI/2018/04052 vertagt
- 7.17.1. *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Variantenbeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße" (VI/2018/04052)*
Vorlage: VI/2018/04394 vertagt
- 7.18. *Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer*
Vorlage: VI/2018/04187 vertagt
- 7.18.1. *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer" (VI/2018/04187)*
Vorlage: VI/2018/04392 vertagt
- 7.18.2. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage - Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer Vorlage: VI/2018/04187 -*
Vorlage: VI/2018/04399 vertagt
- 7.18.3. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer" (VI/2018/04187)*
Vorlage: VI/2018/04410 vertagt
- 7.19. *Verzicht auf Variantenbeschlüsse für EFRE-Radwege*
Vorlage: VI/2018/04177 vertagt
- 7.20. *Verzicht auf Variantenbeschlüsse bei den EFRE-Maßnahmen Freiflächengestaltung Holzplatz/Salinemuseum/Umfeldgestaltung Salinemuseum*
Vorlage: VI/2018/04228
- 7.21. *Verzicht auf Variantenbeschlüsse für GRW-Maßnahmen zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Touristische Infrastruktur“*
Vorlage: VI/2018/04204
- 7.22. *Namensgebung für Kita-Neubau Schimmelstraße 7, Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2018/04131
- 7.23. *Neufassung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses*
Vorlage: VI/2018/03748
8. *Wiedervorlage*

- 8.1. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Evaluierung der papierlosen Ratsarbeit*
Vorlage: VI/2018/04058
- 8.2. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW*
Vorlage: VI/2018/04059 vertagt
- 8.2.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW*
Vorlage: VI/2018/03976 vertagt
- 8.3. *Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur graffitifreien Altstadt*
Vorlage: VI/2018/04154 vertagt
- 8.4. *Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für Schulen und Kindertagesstätten*
Vorlage: VI/2018/04067 vertagt
- 8.5. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses*
Vorlage: VI/2018/03881 vertagt
- 8.6. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife*
Vorlage: VI/2018/03885 vertagt
- 8.7. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulturnhallennutzung durch Horte in den Schulferien*
Vorlage: VI/2018/04072
- 8.8. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur modellhaften Einrichtung von „Hol- und Bringzonen“ an Schulen*
Vorlage: VI/2018/04082 erledigt
- 8.9. *Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf kommunaler Flächen am Riebeckplatz*
Vorlage: VI/2018/04085
9. *Anträge von Fraktionen und Stadträten*
- 9.1. *Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Umsetzung des Konzeptes für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030*
Vorlage: VI/2018/04365
- 9.2. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Sondernutzungssatzung*
Vorlage: VI/2018/04360
- 9.3. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aktualisierung der Prioritätenliste für die Sanierungen von Schulen, Kitas und Horten ab dem Jahr 2022*
Vorlage: VI/2018/04374
- 9.4. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Plastikmüll auf Märkten und bei Veranstaltungen reduzieren*
Vorlage: VI/2018/04377

- 9.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378
- 9.6. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/FDP und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Unterstützung eines freien Trägers – hier: Bewerbung FAN-Projekt
Vorlage: VI/2018/04443
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage zur Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Kälteversorgungsanlage der alten Eissporthalle, Vorlagen-Nummer: VI/2018/04079, vom Mai 2018
Vorlage: VI/2018/04358
- 10.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Einsatz von Solar-Mülleimern
Vorlage: VI/2018/04361
- 10.3. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Patenschaften
Vorlage: VI/2018/04362
- 10.4. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu bauplanungsrechtlich genehmigten Verkaufsflächen
Vorlage: VI/2018/04366
- 10.5. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bildungsbericht 2018
Vorlage: VI/2018/04368
- 10.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Grundstücksverkäufen im Star Park
Vorlage: VI/2018/04369
- 10.7. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04370
- 10.8. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Marktplatz
Vorlage: VI/2018/04287
- 10.9. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes
Vorlage: VI/2018/04373
- 10.10. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen in Halle
Vorlage: VI/2018/04376
- 10.11. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur weiteren Entwicklung der Neuen Residenz
Vorlage: VI/2018/04380
- 10.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kompensationsflächen
Vorlage: VI/2018/04155

- 10.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherheit auf den Wegen zur Schule und zur Kindertagesstätte
Vorlage: VI/2018/04297
- 10.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2017
Vorlage: VI/2018/04300
- 10.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kindertagespflege
Vorlage: VI/2018/04379
- 10.16. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wiederaufforstung der Döläuer Heide
Vorlage: VI/2018/04372
- 11. Mitteilungen
- 11.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385
- 11.2. Quartalsbericht I/2018 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG
Vorlage: VI/2018/04175
- 11.3. Information zur geplanten Öffnung der Einbahnstraße Kreuzvorwerk für den Radverkehr in Gegenrichtung
Vorlage: VI/2017/03635
- 11.4. Bericht zur Situation der Pflege älterer Menschen in Halle (Saale) – Pflegeinfrastrukturbericht 2017
Vorlage: VI/2017/03317
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12.1. Anfrage Frau Dr. Brock zur Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt
- 13. Anregungen
- 13.1. Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Fahrradparkplätzen in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VI/2018/04363
- 13.2. Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Wege freihalten - Sitzbereiche schaffen
Vorlage: VI/2018/04364
- 13.3. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Müllbeseitigung und Bepflanzung auf dem Bahnhofsvorplatz
Vorlage: VI/2018/04375
- 14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 **Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2018**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 29.08.2018.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Lange sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates vom 29.08.2018 vor dem Sitzungssaal öffentlich aushängen und somit als bekannt gegeben gelten. Die Beschlüsse werden anschließend im Amtsblatt veröffentlicht.

zu 5 **Bericht des Oberbürgermeisters**

- Auf Antrag der CDU/FDP-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herzlichen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte. Ich möchte ganz gern beginnen mit dem Riveufer, mit den heftigen Protesten, die nicht nur hier heute hervorgebracht worden sind, sondern die mich auch erreicht haben. Die Stadt hat ein neues Gutachten eingereicht und auch erhalten am gestrigen Tag und deshalb möchte ich diese Ergebnisse des Gutachtens auch vortragen. Dieses Gutachten ist einsehbar und kann dann auch ausgehändigt werden. Eine äußere Sichtprüfung der Linden am Riveufer von Herrn Prof. Dr. Helge Bruelheide und Prof. Dr. Uwe Braun, Institut für Biologie und Geobotanik und Botanischer Garten der MLU, haben Folgendes festgestellt:

Alle Linden befinden sich in einem gesundheitlich einwandfreien Zustand. Alle Baumkronen der Linden sind sichtbar und in einem guten bis ausgezeichnetem Zustand. Der Pflegezustand der Bäume ist als gut einzuschätzen. Porphyrschotter ist als Abdeckung äußerst ungeeignet und sollte durch Oberbodenmaterial ersetzt werden. Zusammenfassend mit all den Ausführungen und Bildern ist das Ergebnis: Der Zustand der Bäume ist altersgemäß gut bis hervorragend. Keiner der Bäume ist so geschädigt, dass eine Fällung zu begründen wäre, vor allem nicht auf Grund von Pilzbefall.

So wortwörtlich aus dem Gutachten zitiert.

Frau Matiakh ist zu uns gekommen, die neue Generalmusikdirektorin, die schon einen kleinen Vorgeschmack am Sonntag und am Montag in der Händel-Halle durchgeführt hat. Und sie ist die neue Generalmusikdirektorin für Oper und Staatskapelle für die nächste Saison.

25 Jahre Händelfestspielorchester, als Botschafter des Barocks unterwegs.

Und ich möchte hier nochmal die Diskussion aufmachen zu den Saale-Brücken. Die Varianten, die wir dargestellt haben auch im Mobilitätsplan und auch in der Informationsvorlage. Sie sehen dort die näheren Varianten, mit denen wir uns beschäftigen. Auch hier ist die Bitte der Verwaltung, auch eine entsprechende Vorzugsvariante so schnell wie möglich festzulegen.

Der Favorit der Verwaltung ist die sogenannte Nordtangente mit der Variante 1a und 1b, die sich dann von der Osttangente anschließen könnte als weitere Planung für die Zukunft der Stadt Halle.

Die beste Bewertung gab es für den Nordkorridor. Hier ist bereits angekündigt worden, auch die entsprechenden Freihaltebreiten hatte ich eben in der Frage der Bürger schon beantwortet. Wir werden prüfen, welche Gebäude davon auch nochmal betroffen sind, aber letztendlich sollten Sie festlegen, dass wir hier weiter planen können und den Bürgern ihre Möglichkeit, das Eigentum zu nutzen, auch gewährleistet bleibt.

Der Freiwilligentag: 800 Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben mitgemacht.

Dann 110 Jahre Südwache: das Bürgerfest und Festakt, der dazu auch durchgeführt wird. Ich möchte mich auch hier bei den Stadträten bedanken, die an dieser Festveranstaltung mit teilgenommen haben.

Ja, Hort Lessingstraße. Der 2. Kita-Neubau nach der Kita Schimmelstraße ist neu gebaut und in Betrieb genommen, ist Teil des städtischen Investitionsprogrammes „Bildung 2022“. Die Investitionssumme aus städtischen Mitteln: insgesamt 4 Mio. Euro. Das Gebäude bietet auf drei Etagen Platz für 400 Kinder.

Erster Spatenstich am Anhalter Platz: Mit der Neugestaltung der Freifläche wird das Konzept Waldstadt Silberhöhe fortgesetzt. Es entsteht ein Freizeit- und Erholungsraum für alle Generationen. Das Zentrum bildet ein neuer, knapp 5 Meter hoher Rodel- und Rutschhügel. Investitionssumme: insgesamt 278.000 Euro. Ich möchte mich bei den Bürgerinitiativen, die sich hier jahrelang für eingesetzt haben und hier auch in die Beschlussfassung gekommen sind im Stadtrat, dafür recht herzlich bedanken. Ich denke, das wird hier, gerade für die Waldstadt Silberhöhe, ein weiteres Investitionsmittel sein, den Bereich auch zu beleben.

Ja, die größte Thermoskanne der Welt. Auch hier nicht unerwähnt. Viele von Ihnen waren dabei. Das ist der Speicher, der weltgrößte seiner Art und das Symbol der lokalen Energieinitiative. Ermöglicht eine optimale Kopplung von Strom und Wärme. Und die Kohlekommission hat am Montag hier ebenfalls auch getagt. Die Diskussionen, die hier in diesem Raum auch geführt worden sind, um das Ergebnis zum Jahresende aus der Kohlekommission heraus hier präsentieren zu können.

Zum Fanprojekt haben wir eben bereits auch deutlich gemacht. Ich hatte auch hier bereits im Rahmen einer Medienanfrage deutlich Bezug genommen, dass hier die Entscheidung letztendlich vom HFC mit getroffen wird, weil es ein Fanprojekt des HFC ist. Dazu werden wir uns nachher noch auseinandersetzen und werden darüber auch diskutieren. Die Formulierung, die Sie gewählt haben, wir befürworten das. Das ist absolut in Ordnung und dem kann ich auch zustimmen, sodass wir hier eine zusätzliche Empfehlung, Rückendeckung dann auch geben. Der HFC hat eingeladen, beide Träger und prüft, welcher Träger für ihn in Betracht kommt. Aber ich denke mit dem Votum des Stadtrates hat man hier dann auch gut die Möglichkeit, dass der HFC sein Fanprojekt dann auch auswählt.

Ja, zur Sicherheit hier nochmal die Thematik, die ich beim letzten Mal auch schon angesprochen habe im Hinblick auf die rechtsfreien Räume. Ich möchte es an der Stelle auch nochmal betonen, weil wieder einige Diskussionen aufgekommen sind. Wir werden sowohl von der Polizei als auch von der Stadt Halle energischer da einschreiten. Rechtsfreie Räume werden in der Stadt nicht geduldet und wir werden dagegen auch konsequent vorgehen.

Meine Damen und Herren, auch hier ist es aus meiner Sicht ganz, ganz wichtig, dass das gesellschaftliche Miteinander auch weiter gepflegt wird. Wir alle setzen uns dafür ein, auch in unserer Stadt. Es ist eine Mitmach-Demokratie, deshalb finde ich alle Beteiligungen der

Bürger, auch am heutigen Tag in der Einwohnerfragestunde, in den vielen Diskussionsrunden richtig und auch gut. „Ich als einzelner kann nichts machen“, ist eigentlich fast ein Alibi. Dieses Alibi, das trägt letztendlich nicht und alle sind aufgerufen, sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch einzusetzen und das auch deutlich machen.

Deshalb möchte ich hier auch nochmal einen Appell an Sie alle auch mitgeben. Wir haben in den nächsten Wochen und in den nächsten Tagen die Gelegenheit, dieses auch zu zeigen und die Stärken und Interessen der Gesellschaft auch in die Stadt hineinzutragen.

Zukunftsforen: Mit harten Diskussionen, kontroverse Diskussionen von Meinungen, praktische Verbesserungsvorschläge sind jederzeit herzlich willkommen, sodass wir uns damit auseinandersetzen können. Und deshalb rufe ich alle auf, sich hier auch für die Demokratie weiter einzusetzen.

Meine Damen und Herren, zum Ordnungsbereich: Ich hatte bereits die Dienstzeiten auch präsentiert. Ich hatte den Blick auch darüber gegeben zu den 96 Stellen hier in der Stadt Leipzig. Wir sind in enger Abstimmung mit den Polizeirevieren und mit der Stadt Leipzig, weil es oft feststellbar ist, dass in beiden Städten oftmals Personenidentität besteht im Hinblick auf die Verfolgung von Straftätern.

Hier nochmal die Besetzung der Stellen: Wir haben hier im Haushaltsplan erneut vorgesehen einen Personalaufwuchs von weiteren 10 Stellen. Man sieht, wir kommen aus 2012 mit 72 Stellen im Ordnungsbereich und sind dann bei 93 Stellen, wenn Sie bestätigen, dann ist das hier ein weiterer Zuwachs an personeller Sicherheit innerhalb der Stadt.

Die Schwerpunktaufgaben wie Erreichbarkeit und Einsatzfähigkeit für die Bürger, Maßnahmen bei ruhestörendem Lärm, Kontrolle bei Veranstaltungen, Präsenzstreife. Um dieses alles optimaler zu koordinieren, sind die Leitstellen jetzt in der Zusammenlegung. Der Vorgang wird im April nächsten Jahres vollständig abgeschlossen sein, sodass wir dann mit den beiden Leitstellen dann in unmittelbarer Nähe dann auch arbeiten können, um hier die Einsätze zu effektivieren.

Zum Riebeckplatz habe ich vieles bereits gesagt in der Diskussion. Ich möchte an der Stelle hier nochmal deutlich machen. Sie haben ja dann auch den Punkt „Gesamtplan“ auf der Tagesordnung gelassen. Herr Meerheim, ein solcher Gesamtplan ist, wie Sie hier auch ersehen können, ein Bebauungsplan. Das ist nämlich der Sinn und Zweck eines Bebauungsplanes, hier gesamte Dinge und Angelegenheiten in dem Bebauungsplan zu klären, sodass es hier eines Gesamtplanes nicht mehr bedarf.

Ich muss an dieser Stelle nochmal darauf hinweisen, dass der B-Plan genau diese Funktion wahrnimmt und dieses ist auch in allen Abhandlungen auch deutlich. Hier geht es darum, ich hatte es vorhin dargestellt, deshalb mache ich es hier an dieser Stelle kurz: Es gibt ein Leitbild, es gibt keinen Gesamtplan, auch darüber können wir nachher nochmal diskutieren und deshalb, bitte geben Sie Ihre Blockadehaltung auf und geben Sie den Weg frei für den Investor, der dort sehr intensive Pläne mit Ihnen diskutieren will. Wenn Sie das nicht wollen, dann zeigen Sie immer wieder, dass Sie nicht diskutieren wollen. Sie haben einen Beirat eingesetzt, mit dem Sie dabei sind. Und deshalb ist es komplett unverständlich, dass Sie eine solche Diskussion nicht führen wollen, auch nicht über den politischen Beirat.

Ich kann, und der Investor ebenfalls, das nicht nachvollziehen und wir bieten nach außen ein sehr schwieriges Bild. Mehr Mitarbeit kann man eigentlich nicht erwarten und mehr Mitarbeit ist gar nicht mehr zu toppen. Es gibt nichts besseres, als ständig dabei zu sein und die Pläne des Investors zu begleiten, wo Sie entscheidenden Einfluss haben. Das hat der Investor ausdrücklich erläutert.

Ja, ob ein Kongresszentrum für die Stadt wirtschaftlich ist, das möchte ich an der Stelle auch noch mal sagen, weil immer wieder auch behauptet wird, ich will ein Kongresszentrum. Nein, ich will Fakten. Ich möchte Fakten haben, ob ein Kongresszentrum sich rechnet. Die Diskussion, ich will etwas, das ist leider falsch. Ich möchte das untersuchen. Ich hatte Ihnen zugesagt, dass bis zum Dezember eine solche Untersuchung auch stattfindet. Das kann deshalb erst entschieden werden, ob es Sinn macht oder nicht, wenn wir die Untersuchungsergebnisse haben und vorher kann ich zu dem Punkt Kongresszentrum, ob es wirtschaftlich ist oder nicht, kann ich zu diesem Punkt nichts sagen. Und erst dann soll ein Grundsatzbeschluss eingebracht werden, über den Sie entscheiden können.

Aktuelles aus dem Landesverwaltungsamt: Hier möchte ich Sie ganz gerne hinweisen auf das Landesverwaltungsamt mit einem Schriftsatz vom 11.09.2018. Hier ist nochmal deutlich gemacht worden, dass die Stadt sich in einer Haushaltsnotlage, nicht erst jetzt befindet, sondern seit vielen Jahren bereits. Und hier ist nochmal auf die strikte Einsparnis und vor allem auf den Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit hingewiesen worden.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Haushaltssatzung, zur Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 und möchte ganz gerne mit den Zielen beginnen. Es gibt ein weiteres Bevölkerungswachstum, aktuell 240.500 Einwohner. Wir haben den Neubau, die Sanierung von Schulen, Horten, Kitas, Sportplätzen vor uns. Und wir möchten in Halle-Neustadt 2050 den Campus Kastanienallee gemeinsam mit der Universität auch entwickeln. Sie wissen, wir haben einen Förderantrag dort gestellt und möchten hier auch in die letzte Stufe auch hineingeraten und deshalb ist das ebenfalls ein Schwerpunkt.

Das Wirtschaftswachstum ist durchschnittlich rund 4,3% gestiegen. Der Landesdurchschnitt lag darunter. Wir haben vor uns den Star Park 2. Wir möchten die Metropolregion Mitteldeutschland stärken, weil wir dort sehr viele Impulse auch bekommen haben. Und ich darf nochmal darauf hinweisen auf den Flughafen Halle-Leipzig, der in der Ausbaustufe ist und hier erneut weiter für wirtschaftlichen Wohlstand in der Stadt sorgen wird.

Die sinkende Arbeitslosenquote von 5% ist ebenfalls mit einbezogen in die Betrachtung des Haushaltsplanes. Stärkung der Familien durch individuelle Betreuung und ein einzurichtendes von der Grundlage von Herrn Senius mit vorgeschlagenes soziales oder kommunales Arbeitsmarktmanagement, in dem alle Träger sich darin vereinen, um hier noch weitere, bessere Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu erzielen, wird ins Leben gerufen. Und Sie alle sind herzlich aufgerufen, sich darin auch zu beteiligen, sodass die Einladung dann über unsere Beigeordnete Frau Brederlow diesbezüglich dann auch erfolgt.

All das ist mit eingeplant, einberechnet auch in die Haushaltsdaten, sodass dann wir bei den Zielen noch, ich hatte es eben ausgeführt, zu der Stärkung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kommen. Auch hier finden Sie sehr viele Haushaltsansätze. Das sind die Zukunftswerkstätten, das ist die Stärkung der Sicherheit, die Stärkung der Kultur und der Freien Szene, um nur einige Beispiele daraus auch zu benennen.

Meine Damen und Herren, eine offensive Stadtentwicklung ist das Ziel des Haushaltsplanes selbst. Sie haben die Verkäufe im Star Park, verbunden mit den Investitionen, die dort auch getätigt werden. Die Schaffung von mehr als 2.000 neuen Arbeitsplätzen verlangt von der Stadt eine veränderte Infrastruktur. Die Belebung der Neustädter Passage durch Anmietung der Scheibe A ab dem Jahr 2021, die Verlagerung von 400 Verwaltungsmitarbeitern nach Halle-Neustadt auf der Grundlage des Bürgerentscheides, die Weiterentwicklung des Riebeckplatzes zum Eingangstor mit Hotels, Büro und weiteren Nutzungen ist der wichtige Impuls für den oberen Boulevard mit zusätzlichen Arbeitsplätzen. Wenn Sie daran denken, dass der Investor insgesamt 500 neue Arbeitsplätze uns zugesagt hat für diese Fläche, dann denke ich, ist das ein weiterer Grund hier nicht die ständige Vertagung zu ziehen.

Ja, zum Konsolidierungspfad und Haushaltsausgleich: Sie sehen hier die Darstellung des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes. Wir haben den Haushalt seit 2013 im Ergebnishaushalt immer wieder ausgeglichen. Dadurch konnten wir die Fördermittel auch generieren. Das bedeutet, im Ergebnishaushalt hängen wir hinterher. Wir sind jetzt durch die gesetzliche Änderung auch gehalten, den Finanzhaushalt auszugleichen. Und Sie sehen, die rote Linie, das ist der Finanzhaushalt. Wir sind dann im Jahr 2023 auch soweit, den Finanzhaushalt auszugleichen, sodass die Linien sich annähern und wir dann einen Ausgleich im Ergebnis- und im Finanzhaushalt haben.

So, Investitionen in die Bildungsinfrastruktur: Hier das Investitionsprogramm Schulen, das Programm „Bildung 2020“, der Neubau einer Grundschule in der Innenstadt mit Turnhalle und Hort. Bereits im Bau und den Bau einer neuen weiterführenden Schule auf dem Holzplatz mit Turnhalle. Sie haben die Bilder mit Sicherheit auch gesehen. Das ganze Gebiet ist angefasst und es ist ein gewaltiges Investitionsprojekt am Holzplatz mit Schule und Turnhalle.

Ja, starke kommunalen Familie: Auch hier darf nicht unerwähnt bleiben, dass all das, was wir im Haushalt abbilden, auch nur möglich ist, weil unsere kommunale Familie, das heißt, die Beteiligungen so stark sind, auch hier positive Zahlen schreiben. Sie sehen hier einige Punkte. Das ist der ÖPNV, Sie sehen hier den Ansatz auch der Veränderungen in der Stadtwerke-Gruppe und Sie sehen auch hier die Zielsetzung, den Umbau der Energieerzeugungsanlagen, die aktiv zur Energiewende beitragen.

HWG und GWG investieren gemeinsam auch in den Wohnungsbau, zum Beispiel in das Wohn- und Geschäftshaus am Riebeckplatz mit einer alleinigen Investitionssumme von 20 Millionen Euro.

Ja, hier sehen Sie nochmal die Darstellung. Ich möchte ganz gerne hinweisen auf den Plan 2013. Ganz oben im Stadtratsbeschluss, das sind 576 Millionen und wenn Sie jetzt unten hineingehen in den Plan 2019, den wir Ihnen heute als Information vorlegen, dann sind wir mittlerweile bei 717 Millionen. Da sieht man, wie der Haushalt gewachsen ist in der Struktur. Und auch das zeugt von der Kraft der Stadt Halle, die wir jetzt momentan auch haben.

Ja, zu den Entwicklungen der Steuereinnahmen: Auch hier seit 2012 steigen die Steuereinnahmen um 64,9 Millionen Euro. Wir haben gestern auch die Diskussion dazu auch geführt, welche Erwartungen in den nächsten Jahren als wir im Wirtschaftsausschuss sehr ausführlich über die Gewerbesteuer auch nochmal gesprochen haben. Mit dem Hinweis darauf, dass einige Unternehmen nicht die Gewerbesteuer zahlen, sondern aus steuerlichen Gründen hier nicht dazu verpflichtet sind und deshalb auch keine Gewerbesteuer an die Stadt Halle abführen.

Erträge und Aufwendungen, Ergebnishaushalt: Hier ist es nochmal gemeinsam in der Übersicht dargestellt. Und ich freue mich, dass ich dann durch den ausgeglichenen Haushalt, den wir auch in diesem Jahr wieder präsentieren im Ergebnishaushalt, Folgendes sichergestellt ist:

Wir haben, wenn wir am Ende des Jahres zu einer Beschlussfassung kommen sollten, wir haben zum Jahresbeginn die notwendige Rechtsgrundlage für wirtschaftliches Handeln dann gesichert, eine Ermächtigungsgrundlage für Investitionen, vor allem bei Schulen und Kindertagesstätten gefunden, die Möglichkeit, Fördermittel abzurufen für Investitionen. Das, was uns in den letzten Jahren so stark gemacht hat. Und wir haben Planungssicherheit, Handlungssicherheit für Vereine, freie Träger, die dann für die Projektfinanzierung die Möglichkeit haben, dass was Sie beschlossen haben, dann auch tatsächlich zu nutzen.

Deshalb möchte ich mich bei der Verwaltung in Gänze auch bedanken, dass es uns wieder gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushalt hier zu präsentieren, der uns sämtliche Möglichkeiten dann auch schafft, dann auch zukunftssicher in die nächsten Jahre zu gehen. Herr Geier übernimmt und wird Sie durch die Geschäftsbereiche führen. Vielen Dank.

Herr Lange

Nein, also Moment. Das ist der Bericht des Oberbürgermeisters und wenn jetzt noch irgendwas Weiteres zum Haushalt berichtet werden soll, dann muss das unter Mitteilungen passieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, das ist falsch, Herr Lange. Der Oberbürgermeister kann jederzeit vertreten werden und der Oberbürgermeister lässt sich vertreten in jeder Hinsicht und das ist jederzeit möglich durch seine Beigeordneten. Und deshalb kann ich nur empfehlen, dass Sie Herrn Geier die Ausführungen des Oberbürgermeisters auch durchführen lassen. Hier geht es nicht um eine Haushaltseinbringung, sondern hier geht es um wichtige Angelegenheiten der Stadt Halle. Und diese wichtigen Angelegenheiten der Stadt Halle sind durchzuführen. Das ist wie im letzten Jahr, aber wenn Sie eine Diskussion darüber möchten, das kann ich wirklich auch nicht empfehlen, denn wir möchten ja die wichtigen Dinge Ihnen mitteilen und...

Herr Lange

Im letzten Jahr war es genau unter Mitteilungen, deswegen war es die Irritation, da steht es auch unter Mitteilungen auf der Tagesordnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, Nein, Nein, Nein, Nein.

Herr Lange

Gibt es Ihrerseits, ich muss jetzt in die Fraktionen gucken. Möchten Sie, dass der Herr Geier jetzt weiter den Haushalt vorstellt oder möchten Sie das nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Geier stellt nur die Schwerpunkte vor, die für die weitere und für die Wichtigkeit der Beratung von Relevanz ist.

Herr Lange

Frau Brock.

Frau Dr. Brock

Ich bin ja sehr froh, dass wir eine Einbringung bekommen, so ist es ja nicht. Und ich möchte auch Herrn Geier gerne hören, aber ich finde, es sollte an der Stelle passieren, wo es hingehört, nämlich an den Punkt, wo der Haushalt uns mittgeteilt wird und dann bin ich auch sehr neugierig drauf. Aber im Moment haben wir den Bericht des Oberbürgermeisters und den würde ich jetzt gern an der Stelle auch beenden. Insofern, es geht nicht gegen den Inhalt, sondern es geht um den Platz.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Brock, Sie können das nicht entscheiden. Wenn der Oberbürgermeister sagt, dass er vertreten wird...

Frau Dr. Brock

Ich darf aber wohl eine Meinung haben, oder?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn Sie dem Oberbürgermeister das Wort abschneiden...

Herr Lange

Also, wir haben unter dem Punkt Mitteilungen ganz offiziell einen Punkt aufgenommen in die Tagesordnung, Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Jahr 2019. Ich bin gern bereit zu hören, was der Oberbürgermeister in seinem Bericht zum Haushalt berichten möchte, möchte es gerne aber weiterhin so handhaben, dass der Bericht des Oberbürgermeisters auch der Bericht des Oberbürgermeisters ist. So er anwesend ist, kann er diesen auch halten. Und die Haushaltssatzung und die Haushaltsplanung und so weiter und sofort ist unter Mitteilungen auf der Tagesordnung. Wenn der Oberbürgermeister gewünscht hätte, dass das zum jetzigen Zeitpunkt auf der Tagesordnung behandelt werden soll, hätte er das beantragen müssen, dann hätten wir den Punkt vorziehen können. Aber so geht das jetzt eigentlich mal nicht, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das können Sie gerne so sagen. Der Oberbürgermeister kann sich jederzeit vertreten lassen und was der Oberbürgermeister als wichtig erachtet, Ihnen mitzuteilen, das obliegt dem Oberbürgermeister.

Herr Lange

Genau.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau. Und von daher setzt der Oberbürgermeister dann seinen Bericht fort.

Herr Lange

Gut, es gäbe jetzt die Möglichkeit, ich will das jetzt nicht entscheiden. Es gäbe jetzt die Möglichkeit, dass jemand den Tagesordnungspunkt abbrechen möchte, da sehe ich aber keinen Antrag. Also, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie meinen, dass Sie sich über alle Regeln unseres Stadtrates hinwegsetzen möchten, auch das haben wir zu ertragen. Bitteschön, Herr Geier, Sie haben das Wort. Herr Geier hat das Wort.

Herr Geier

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Stadträte, sehr geehrtes Publikum. Ich halte es schon noch...

Herr Lange

Herr Geier.

Herr Geier

Ja?

Herr Lange

Die Anrede ist nach unserer Geschäftsordnung an den Stadtrat zu richten.

Herr Geier

Gut, vielen Dank für den Hinweis.

Ich halte es schon auch für notwendig, dass ich Ihnen hier in diesem Rahmen die Zahlen vorstelle, die gehören einfach zu einem Haushalt dazu und ich würde einfach für die Einbringung des Haushaltsentwurfes 2019 das mal so umschreiben, dass wir Ihnen hier ein Papier vorlegen, das zeigt, was machbar ist und das zeigt, was notwendig ist.

Machbar unter dem Gesichtspunkt und unter Bezugnahme des Finanzrahmens, der uns für 2019 zur Verfügung steht und notwendig, was die Erfüllung unserer Pflichtaufgaben angeht. Und hier denke ich insbesondere an den Schul- und Kita-Bereich.

Herr Lange

Herr Geier, ich hab jetzt nochmal eine Frage, weil wir hier uns über Verfahren beraten haben. Sie haben jetzt gerade gesagt, das ist die Einbringung des Haushaltes. Wir befinden uns im Bericht des Oberbürgermeisters. Hier kann kein Haushalt eingebracht werden.

Herr Geier

Gut, dann berichte ich über den Haushaltsentwurf 2019.

So, ich würde Ihnen gern das Zahlenwerk vorstellen. Sie haben diese Übersicht bereits gesehen, ich gehe dann nochmal auf das rot unterlegte Jahr 2019 ein. Sie sehen, dass wir da im Volumen des Ergebnishaushaltes leicht erhöht sind und dass wir mit unserem heutigen Kenntnisstand diese mittelfristige Finanzplanung bis 2022 fortschreiben. Ich gehe auf die größeren Positionen ein.

Aus dem Bereich der Steuern und ähnlichen Abgaben haben wir eine sehr positive Entwicklung. Hier ist im Bereich der Gewerbesteuer mit etwa 73 Millionen Euro an Aufkommen für 2019 geplant und in diesem Bereich fällt auch die ganze Zuweisung aus dem Finanzausgleich und das sind etwa 200 Millionen Euro.

Ich möchte aber auch an der Stelle sagen, dass wenn in der Berichterstattung oft gesagt wird, ja die Einnahmen in dem kommunalen Bereich, die sprudeln. Das ist richtig. Das ist bei uns auch von der Tendenz erkennbar, aber dann muss man auch dazu sagen, dass wenn natürlich auf der Ausgabenseite, also bei den Aufwendungen auch entsprechende Positionen abzufedern haben. Das ist auch 2019 der Fall mit einem Umfang von rund, im Saldo 13 Millionen Euro, die wir hier aus gesetzlichen Notwendigkeiten eingebaut haben und trotzdem die schwarze Null erreichen konnten.

Einer der wesentlichen Punkte ist der Teil mit den Tarifentscheidungen, die es gab, die im Jahr 2019 volle Wirkung zeigen. Das macht bei der Stadt Halle etwa 9 Millionen an Mehraufwendungen aus. Und der zweite Teil in den Aufwendungen ist insbesondere der Bereich im Sozialhilfe- und Jugendbereich. Da gibt es deutliche Steigerungen, das ist aber keine Besonderheit in Halle, sondern diesen Trend, den stellen wir bundesweit im kommunalen Bereich fest.

Ich komme zu dem Personalbestand. Da sehen Sie, dass wir im Saldo einen Stellenaufwuchs von 22 Stellen haben. Da sind natürlich auch wichtige Entscheidungen dabei, wie diese 10 Stellen zusätzlich im Ordnungsbereich. Da gibt es verschiedene Abgänge, Zugänge, da möchte ich nicht näher drauf eingehen. Und unter Berücksichtigung dieser Vorgänge haben wir dann ein Volumen von 163 Millionen rund.

Sie kennen die Situation am Arbeitsmarkt, das wird alles immer schwieriger. Ich koppel Ihnen einfach nochmal zurück, was da mittlerweile läuft. Wir haben also im Jahr, auch im Jahr 2018 rund 400 Auswahlverfahren, Ausschreibungen laufen im Personalbereich, um eine qualifizierte Mitarbeiterschaft nachbesetzen zu können. Und wir haben dabei rund 4000 Bewerbungen und ich finde es in Anbetracht der allgemeinen Arbeitsmarktlage eine sehr gute Bewerberzahl. Und es zeigt mir auch, dass unsere Maßnahmen, um Fachkräfte zu werben dann auch entsprechend Resonanz finden und greifen.

Dann sehen Sie hier die Entwicklungen der Investitionssummen. Das heißt also, ich möchte Sie vor allen Dingen auch auf die Planzahlen lenken. Die sind deshalb sehr hoch, weil wir das ganze Schul- und Kitaprogramm entsprechend umsetzen, weil wir die Fluthilfemaßnahmen brutto einplanen, weil wir die Eigenanteile für das Stadtbahnprogramm einplanen und weil wir einfach auch aus fördermitteltechnischen Gründen gehalten sind, die finanzielle Abdeckung der geplanten Maßnahmen im Vorfeld den Fördermittelgebern anzuzeigen. Auch deshalb haben wir hier ein entsprechend hohes Investitionsvolumen.

Ich komme zu den Eckwerten der Investitionen und da möchte ich vor allen Dingen wieder auf diese Spalte Eigenmittel verweisen oder aufmerksam machen. Ein großer Block ist Schul- und Kitafinanzierung im Jahre 2019, die Jahresscheibe 2019 mit rund 65 Mio. Euro und davon Eigenmittel von 49 Mio. Euro. Das heißt also, hier stehen Fördermittel in Höhe von 23 % zur Verfügung. Weiter unten bei dem Thema „Ausstattung der Schulen“, „Datenverarbeitung“, „IT an Schulen“ übernimmt die Stadt den Eigenanteil voll. Und da bin ich schon der Meinung, dass das eigentlich nicht in die derzeitige politische Diskussion passt, im Bildungsbereich alles möglich zu machen und dann hier an der Stelle auch von Seiten des Landes eine relativ geringe Förderung zuzulassen.

Sie kennen auch in diesem Zusammenhang diese Diskussion über Stark III, wo bestimmte Entscheidungen immer noch auf sich warten lassen. 66,8 Mio. haben wir an Eigenmitteln und etwa zwei Drittel davon, nämlich rund 42 Mio. nehmen wir über oder haben wir vorgesehen über die Aufnahme von Darlehen. Dies ist aus meiner Sicht auch zu rechtfertigen, weil wir in Zeiten, wo wir investieren müssen, auch das derzeitig günstige Zinsniveau nutzen, um so die Finanzierungsumsetzung von notwendigen Pflichtaufgaben durchführen zu können.

Der Oberbürgermeister hat diese Punkte schon angesprochen. Mir geht es vielleicht in Ergänzung dazu noch darum, dass wir bei dem Entwurf 2019 keine grundsätzlichen Kürzungen im freiwilligen Bereich vorgenommen haben und dass wir das Investitionsprogramm wie wir das für Schulen und Kitas wie wir das begonnen haben entsprechend fortsetzen werden. So viel zu den Zahlen für 2019.

Jetzt kann ich Ihnen aber leider keine Vorausschau ersparen, die zusammenhängen mit Änderungen des Kommunalverfassungsgesetzes Sachsen-Anhalt. Weil hier ist der Fall, dass wir diverse Änderungen in die Haushaltsplanung 2019 schon einarbeiten müssen bzw. berücksichtigen müssen und, dass diverse Änderungen ab 2023 zu Buche schlagen. Und diese Änderungen haben es durchaus in sich. Der erste Teil, der hier geändert wird, sind die Regelungen zu dem Kassenkreditbestand. Also, das heißt zur Liquidität. Die bisherige Regelung ist so, dass eine Genehmigungspflicht besteht, wenn der Höchstbetrag der Kassenkredite 20% der Einzahlungen im Verwaltungshaushalt übersteigt. Das wären nach den aktuellen Zahlen 139 Millionen. Wir haben einen Kassenkredit von 355 Millionen und diese 355 Millionen sind uns auch in entsprechendem Dialogverfahren mit dem Landesverwaltungsamt als notwendig anerkannt worden. Wir schlagen jetzt mit dem Haushaltsentwurf 2019 vor, dieses Volumen von 355 Millionen auf 350 Millionen zu senken und dabei einen Konsolidierungspfad zu gehen. Warum schicke ich das vor? Weil die Neuregelung in dem § 100 Abs. 5 so ist, dass bei einem Kassenkreditbedarf über dieser 20%-Marke eine Konsolidierungspflicht besteht. Also eine bestimmte Automatik aus dem Wortlaut der Gesetzesänderung. Zu dieser Verfahrensweise, also wie man damit umgeht, voran im kommunalen Bereich, wie aber auch da die Kommunalaufsicht umgeht, gibt es noch keine Ausführungen. Das Ganze ist ja auch erst seit 1. Juli in Kraft und wir warten da auf den entsprechenden Umsetzungserlass des Landes und schlagen Ihnen deshalb, weil dieser Umsetzungserlass noch nicht in der Welt ist, eben diesen Konsolidierungspfad mit minus 5 Millionen im Kassenkreditrahmen vor. Das ist die eine bedeutende Änderung, die sich auswirkt.

Jetzt kommt die zweite Änderung. Moment, dann mache ich das mal so, okay. So die zweite Änderung betrifft den Ausgleich des Finanzhaushaltes. Und da wird jetzt aus meiner Sicht wieder ein klassisches Instrument der Kameralistik eingeführt. Ich finde es, sagen wir mal, wenn man den Gedanken einer doppischen Haushaltsführung durchdenkt, nicht besonders prickelnd, dass man jetzt quasi im Nachgang wieder Elemente der Kameralistik einführt, gesetzlich. Aber wir werden selbstverständlich damit umgehen. Und hier ist es also so, dass ab dem 1. Januar 2023 die Tilgungszahlungen für Kredite aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet werden müssen. Das ist ab 2023 Pflicht. Und wir haben

jetzt praktisch bis 2023 die Möglichkeit, uns da schrittweise darauf vorzubereiten. Der Planungsstand bei uns, um das auch mal zahlenmäßig zu untersetzen: Wir brauchen, wir haben vorgesehen im Jahr 2019 einen Tilgungsbedarf für die bisher schon aufgenommenen Kredite von rund 15,9 Millionen Euro. Wir planen im Moment einen positiven Saldo in der laufenden Verwaltungstätigkeit von 12 Millionen. Das ist jetzt im Moment gesetzeskonform. Im Jahr 2023 würden uns da etwa 4 Millionen fehlen, die dann entsprechend zu konsolidieren oder einzusparen sind. Das sind also die wesentlichen Änderungen, die es hier geben wird und ich komme zur Zeitschiene.

Es ist also jetzt so vorgesehen, dass die Beratungen in den Fachausschüssen im Oktober/November stattfinden. Der Finanzausschuss sich dann anschließt. Wir haben die Termine unter die Woche gelegt, also keine Wochenendklausur, sondern wir machen das jetzt wieder unter der Woche und die Beschlussfassung ist vorgesehen für den 19. Dezember 2018.

Ja, dann kommen die Schwerpunkte der Geschäftsbereiche. Und hier ist aus dem OB-Bereich: das kommunale Arbeitsmarktmanagement. Also, das heißt, da wird auch ein Punkt von Herrn Senius aufgegriffen. Dann Wissens- und Informationstransfer zur Digitalisierung für Unternehmen und Institutionen der Netzwerke und deren Netzwerke, die weitere Umsetzung des Breitbandausbaus, der Neubau einer dritten Feuerwache. Das Thema der Ordnungskräfte, das man das sowohl von der Anzahl des Personals als auch von den Einsatzstunden entsprechend anpasst. Und die Etablierung von Integrationslotsen. Hier die entsprechend zahlenmäßige Untersetzung, würde ich jetzt mit Ihrer Zustimmung nicht weiter drauf eingehen.

Im Geschäftsbereich I geht es vor allem darum, das Thema Personalgewinnung weiter zu forcieren. Wir werden da ein neues Ausbildungsangebot für das nächste Ausbildungsjahr starten und wir werden uns sehr stark engagieren für das sogenannte duale Studium. Also das heißt, angestellt bei der Stadt und entsprechend studieren an der Hochschule Harz. Das sind insbesondere dann Fachkräfte im mittleren Management bzw. gehobener Dienst. Dann ein ganz wichtiger Punkt, auch bei der derzeitigen Stimmungslage in Deutschland, die Demokratie stärken im Quartier. Da werden wir uns einen Modus überlegen, nach dem bestimmte Gelder bis zu 200.000 Euro dann in diese Quartiere verteilt werden können, und wo man einfach auch mit der Bürgerschaft und mit Interessierten ins Gespräch kommt, sie beteiligt, ihnen auch mitteilt, was Rechtsstaat und Demokratie ist und was demokratisches Handeln ausmacht. Dann ist ein wesentlicher Punkt die Durchführung der anstehenden Europa- und Kommunalwahl, Ende 2019 und die Oberbürgermeisterwahl im, jetzt vorgesehen, Oktober 2019. Und schließlich die Neugestaltung und Angebotserweiterung im Bürgerservice. Angebotserweiterung ist zu verstehen, dass man die Angebote weiter digitalisiert bzw. auf neuen Medien anpasst. Neugestaltung heißt, dass hier in der Ausgestaltung der Räumlichkeiten etwas getan wird, weil dort technisches Gerät verschlissen ist und weil auch mittlerweile verschärfte Datenschutz- und Arbeitsschutzregelungen gelten. Auch hier das entsprechende Zahlenwerk.

So, jetzt wird es natürlich sehr technisch. Da bin ich jetzt im Detail natürlich nicht drin, aber im Geschäftsbereich II steht auf der Agenda eine Machbarkeitsstudie und Wohnflächenaktivierung in Halle-Ost und Lettin-Süd. Das hängt insbesondere auch damit zusammen, dass ein sehr, sehr großer Bedarf an Einfamilien- und Familiengrundstücken besteht, auch in Bezug auf Arbeitsrichtung Schkeuditzer Kreuz Richtung Leipzig. Und da ist es einfach wichtig, dass man die Familien hier mit einem guten Angebot hält. Dann Städtebauförderung EFRE-Mittel für die Sanierung Salinemuseum und Holzplatz, Franz-Schubert-Brücke und Sandangerbrücke, die Fertigstellung der Fahrbahn am Gimritzer Damm, Ankerstraße, Talstraße. Die strategische Verkehrssteuerung und die Verkehrsinformationen, bestimmte Trassenbestimmungen und das kommunale

Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen. Auch hier das entsprechende Zahlenwerk, was sich im Vergleich zum Vorjahr verändert hat.

Im Bereich Kultur und Sport: klar, die Umsetzung des Schulbauprogramms, die Themen aus den Hochwassermaßnahmen, die den GB III betreffen. Dann das Themenjahr 2019 „Halle und die Moderne“, die Förderung der freien Szene. Ein ganz wichtiger Punkt: am Holzplatz das neue Planetarium und allen Aufgaben, die im Jahr 2019 damit zusammenhängen. Und der Neubau einer Laufhalle am Sportkomplex Robert-Koch-Straße. Hier die entsprechenden zahlenmäßigen Änderungen.

Und schließlich der Geschäftsbereich IV: Stärkung der Familien durch individuelle Betreuung am Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktmanagement, Umsetzung des Präventionskonzepts und dann die diversen Maßnahmen abgeleitet aus dem Stark III-Programm und den entsprechenden Beantragungen. Zahlenmäßige Änderungen dazu.

Dann wäre ich durch. Ich wünsche uns gute Haushaltsberatungen und bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Lange

Gut. Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass es keine formale Einbringung am 26.09. gegeben haben kann, da es keine Vorlage zum rechtmäßigen Zeitpunkt gegeben hat und der Haushalt auch nicht als Vorlage auf der Tagesordnung steht.

So, Herr Oberbürgermeister möchte nochmal berichten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es eine wichtige Angelegenheit ist, dass Sie informiert sind über die Einzelheiten des Haushaltes, mit dem Sie dann in den nächsten Monaten arbeiten. Ich habe noch eine Mitteilung zu machen, die ich ganz gern verlesen möchte.

Heute ist ein Fax bei mir eingegangen, am 26.09.2018.

„Sehr geehrter Herr Wiegand, im Land Sachsen-Anhalt sind für den 29. September 2018 mehrere Versammlungen, insbesondere in der Stadt Köthen, angemeldet. Die Versammlungsbehörden und die Sicherheitsbehörden gehen daher von einer äußerst angespannten Sicherheitslage am 29.09.2018 in Sachsen-Anhalt aus. Trotz mehrtägiger Bemühungen, einschließlich Amtshilfeersuchen an andere Bundesländer und den Bund, ist es dem Ministerium für Inneres und Sport nicht gelungen, polizeiliche Unterstützung in dem Umfang zu erhalten, die einschließlich der landeseigenen Kräfte am 29.09.2018 zum Spiel Hallescher FC gegen Hansa-Rostock nötig sind. Durch den amtierenden Präsidenten der Polizeidirektion Süd sind Sie hiermit auf die Situation der vergangenen Tage hingewiesen worden und auch im Vorfeld mündlich informiert worden. Nach Abwägung der zu schützenden Rechtsgüter, Versammlung und Fußballspiel als Veranstaltung, weise ich Sie daher an, das Fußballspiel Hallescher FC gegen Hansa Rostock am 29.09.2018 unter Bezugnahme auf §19 SOG zu untersagen.“ Dieser Weisung bin ich nachgekommen.

Herr Lange

Gut, das ist wenig erfreulich, aber nachvollziehbar. Der Tagesordnungspunkt Bericht des Oberbürgermeisters ist beendet.

- Ende Wortprotokoll -

zu 6 **Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

- Auf Antrag der CDU/FDP-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Wünscht eine Fraktion eine Aussprache? Frau Brock wünscht das, Herr Krause auch. Und dann ist Frau Brock als Erste.

Frau Brock

Ja, es ist ja gar nicht so einfach, sich an den Anfang des Berichts zu erinnern, weil der Bericht des Oberbürgermeisters bis zum Wechsel zu Herrn Geier ja eher den Charakter einer Regierungserklärung hatte als den eines Berichtes. Trotzdem möchte ich auf zwei Punkte nochmal Bezug nehmen aus dem ersten Bericht.

Der eine Punkt war das Gutachten. Und wir freuen uns sehr, dass es jetzt ein Gutachten gibt, was dem Änderungsantrag, den wir bezüglich des Riveufers vorbereiten, sozusagen gut Futter gibt, dass eben dort die Bäume erhalten bleiben bzw. auch die Bauplanung so umgeändert wird, dass die dort bessere Lebensbedingungen haben. Aber meine Frage oder meine Irritation ist die, dass sich das jetzt ausschließlich auf diese Linden offensichtlich bezogen hat, werden doch an der Hanglage weitere ca. 100 Bäume in irgendeiner Form geopfert werden müssen, wenn die Vorlage so durchgeht. Insofern meine Frage: Wir haben in vielen Orten unserer Stadt in Größenordnungen jetzt Bäume optioniert, am Uniring, auf der Heideallee die Platanen, also gibt es eine Möglichkeit, dass diese Gutachten nochmal überprüft werden und dass wir zu ähnlichen Ergebnissen kommen wie wir sie jetzt dort am Riveufer bekommen haben?

Das Zweite ist keine Frage, sondern eher eine Feststellung. Sie haben berichtet, dass Sie zehn neue Stellen im Bereich des Ordnungsdienstes einrichten wollen und für mich ist es ein bisschen irritierend, dass Sie schon seit Beginn 2018 drei Stellen im Haushaltsplan haben zur Prävention in Bezug auf Kinderarmut und die einfach nicht besetzt werden. Und ich nutze den Punkt hier auch, Sie in Kenntnis zu setzen, dass wir das beim Landesverwaltungsamt nachfragen, inwieweit solche Stellen auch einfach wirklich legitimerweise nicht besetzt werden dürfen, wenn sie offiziell im Haushalt beschlossen worden sind.

Und lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu dieser Haushaltseinbringung sagen. Wir hätten möglicherweise diesen Konflikt überhaupt nicht, wenn es eine ordentliche Einbringung gegeben hätte und es ist keine Vorberatung, so wie es in der Liste hier in den Papieren zum Stadtrat steht. Da steht sogar öffentliche Vorberatung für heute. Wir haben heute keine Vorberatung. Wir haben keine Einbringung. Und es wäre uns ein Leichtes, wenn wir ein paar Tage vorher den Haushaltsentwurf zur Kenntnis kriegt, hier auch eine würdevoll gute und fundierte Reaktion auf den Haushalt zu formulieren. Und ich sehe, dass es eigentlich ja doch auch nicht ganz zum Bericht des Oberbürgermeisters gehört hat, weil nämlich die Folien, die Herr Geier vorgetragen hat, nicht eingestellt sind in unseren Dateien, weil dann hätten Sie ja eingestellt werden müssen, wenn sie zum Bericht des Oberbürgermeisters gehören sollten. Also insofern ist es alles eine Irritation, die wir uns alle ersparen könnten, denn eine Einbringung eines Haushaltes gehört in einen Stadtrat, der die Fähigkeit hat und die Möglichkeit hat, darauf auch zu reagieren, auf Seiten der Fraktionsvorsitzenden. Erstmal an dieser Stelle vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Frau Brock, ich freue mich erstmal, dass Sie das Thema Riveufer jetzt mit teilen, da bin ich sehr glücklich. Also, ich würde es jetzt auf dem Ordnungsausschuss nicht so deutlich

machen. Aber insgesamt freue ich mich darüber und da sind wir einer Meinung. Und es geht hier darum, auch in der Diskussion dazu, dass wir den Gutachter der MLU auch nochmal bitten werden, die übrigen Bäume auch nochmal zu prüfen, dass wir da auch hinkommen.

Das mit dem Haushalt, das wissen Sie, läuft seit Jahren so. Wir haben leider keine andere Möglichkeit, als dass wir unverzüglich dann unmittelbar am heutigen Tag auch erst mit der Erstellung fertig sind. Wir haben die letzten Tage hart gearbeitet, damit wir das so auch darstellen können. Und dass wir den Haushalt so hinkommen haben, wie wir es Ihnen heute einbringen können. Dass der Haushalt wichtig ist und dass es das Wichtigste ist für alle Bürgerinnen und Bürger, die darauf warten, dass der Haushaltsausgleich wieder kommt. Ich denke, es ist deutlich und von daher ist es eine wichtige Angelegenheit, es ist eigentlich die wichtigste Angelegenheit. Und darüber wird der Oberbürgermeister immer und stets informieren.

Herr Lange

Herr Krause.

Herr Krause

Ich möchte auf einen Punkt Bezug nehmen aus dem Bericht, nämlich das Thema Riveufer. Hat ja eine ausführliche Rolle auch in der Bürgerfragestunde gespielt. Wir hatten zunächst erstmal eine Haltung, dass wir natürlich auch die Ergebnisse der beiden Gutachter, die vorher waren, hinterfragt haben mit Blick auf die Planung des Planungsbüros. Das neue Gutachten zeigt ja nochmal eine ganz andere Sicht auf die Dinge, aus unserer Sicht, und wir begrüßen auch, dass die Verwaltungsspitze da nochmal ein drittes Gutachten, in Auftrag gegeben hat. Das ist eine vernünftige Sache. Und wir regen an, dass im nächsten Planungsausschuss sowohl die beiden alten, also vorhergehenden Gutachtern, und auch der neue Gutachter und das Planungsbüro eingeladen werden, damit wir genau diese Disparitäten in den Ergebnissen mal diskutieren und hinterfragen können. Denn es hat sich ja jetzt herausgestellt offensichtlich, dass die Bäume gesund sind. So habe ich das verstanden und wir sind verpflichtet, gesunde Bäume zu erhalten. Das ist eine Selbstverständlichkeit auch für uns.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Also, dem kommen wir gerne nach und würden probieren dann in dem nächsten Ausschuss die drei Gutachter dann auch nochmal einzuladen und dass Sie die Möglichkeit haben, nochmal Nachfragen zu stellen.

Herr Lange

Herr Doege.

Herr Doege

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, ich komme auch nochmal zu dem Gutachten. Wir haben ja im Umweltausschuss sehr, ich denke, sehr fair, aber auch kontrovers diskutiert. Ich erinnere mich noch an Ihre Worte: „Es gibt kein 100% richtig oder falsch in dieser Angelegenheit.“. Deshalb war diese Diskussion, denke ich, auch sehr gut und unterschied sich von vielen anderen Diskussionen positiv, ist zumindest noch mein Eindruck daraus. Ich allerdings bin jetzt etwas irritiert. In der Vorlage wurden zwei staatlich zugelassene geprüfte Baumgutachter, Praktiker, herangezogen, die also so etwas mit Sicherheit schon viel öfter gemacht haben. Hier wird jetzt ein Gutachten von Ihnen präsentiert, was sich als eine mehr oder weniger äußerliche Inaugenscheinnahme erst einmal darstellt, auch mit Ihren Worten, also: „äußere Sichtbeurteilung“. Das irritiert mich insoweit, als das, was jetzt hier drin steht, bereits vor der Beauftragung durch Sie an die beiden Wissenschaftler in der MZ zu lesen war, und das bringe ich jetzt irgendwo nicht mehr zusammen, wie das zusammenhängt. Da war der Bericht in der Zeitung, er ist mit dem Rad vorbeigefahren, hat sich das mal angeschaut und ja kam zu einem völlig anderen Ergebnis, was ja legitim ist. Aber ich, das

muss ich jetzt mal so sagen, das bitte ich jetzt nicht wörtlich zu nehmen, das lässt die beiden Gutachter wie Deppen dastehen. Und das ist für mich, das halte ich eigentlich für gar nicht tragbar, dass ich zweifeln muss, daraus auch anzweifeln, dass wirklich dieses Gutachten nichts anderes war als äußere Inaugenscheinnahme ohne eine tiefgründigere Prüfung. Und das halte ich für problematisch, wenn das so sein sollte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Genau aus dem Punkt, Herr Doege, ist es wichtig, dass die Gutachter nochmal eingeladen werden und Sie sie auch befragen können. Sie haben Recht, ich habe es ja hier auch gesagt, das ist eine äußere Inaugenscheinnahme gewesen. Das sind Personen gewesen, die wissenschaftlich sich auch damit beschäftigen und natürlich auch hier eine solche äußerliche Inaugenscheinnahme auch deutlich machen können. Ich hatte es ja auch hier wörtlich deutlich gemacht, dass nach dem äußeren Anschein keine Befunde an den Bäumen gibt und von daher nehmen wir natürlich, wenn sich jemand anbietet und der sagt, er würde ebenfalls noch einige Seiten schreiben und dazu, dann nehmen wir das natürlich wahr. Das sind wissenschaftliche Mitarbeiter, die sich mit diesem Thema hervorragend auskennen, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Und von daher freue ich mich über jeden Erkenntnisgewinn. Und diesen Erkenntnisgewinn habe ich jetzt mitgeteilt und denke, deshalb ist es auch wichtig, dass die Kollegen dann auch kommen und tatsächlich hier auch Rede und Antwort stehen. Aber ich muss natürlich auch sagen, in den Medien ist das kolportiert worden. Es ist nicht von uns extra angefragt wurden, die Gutachter, sondern der Name ist tatsächlich aus den Medien gekommen und dann kam natürlich die logische Frage: Nehmt ihr denn zu dem Kollegen Kontakt auf? Das haben wir gemacht und daraufhin haben Sie dieses Gutachten, ich bleibe dabei, Inaugenscheinnahme, dann uns auch vorgelegt, das auch jederzeit einsehbar ist. Das würden wir dann auch entsprechend beifügen, wenn wir dann in die Ausschussberatung gehen.

Herr Lange

Herr Wolter, ist das eine Wortmeldung? Dann, bitte.

Herr Wolter

Ja, ich finde es auch als kleinen Hinweis gewissermaßen unappetitlich, wie Sie mit uns umgehen, Herr Oberbürgermeister. Wir haben letztes Jahr erlebt, da hatten Sie einen gewissen Aufwand betrieben, das fand ich sehr gut und sehr nachvollziehbar, dass die Beigeordneten gemeinsam mit dem Bürgermeister den Haushalt einbringen, Sie auch da zurücktreten und den Beigeordneten den Raum lassen. Der Bürgermeister hat jetzt, Finanzbeigeordnete hat jetzt in einer relativ kurzen Form einer halbstündigen Diskussion zur Tagesordnung, finde ich, nicht die Aufmerksamkeit gehabt, die er eigentlich verdient hätte und auch als ein extra Thema gesetzt zu werden, weil Sie sagen, es ist wichtig, den Haushalt einzubringen. Vielleicht haben Sie nochmal die Gelegenheit, den Haushalt einzubringen, das würde ich Ihnen als Anregung mitgeben, das vielleicht beim nächsten Mal wieder zu bedenken. Wir haben lange verschiedene Punkte gehört, Sie haben reagiert auf das Thema Petition, sag ich mal, bürgerschaftliches, wie haben Sie es genannt, heftige Proteste zum Umbauplan Riveufer. Ich empfinde das, was Sie geäußert haben gegenüber den Bürgern, sachlicher als das, was Sie im Bericht dann dargelegt haben. Da kann man die Sachfrage stellen, die Herr Doege stellt zum Gutachten. Die finde ich berechtigt, aber für mich ist es vor allen Dingen im Moment überhaupt nicht nachvollziehbar, weil der Bericht ist ja an uns gerichtet. Sie berichten ja uns gegenüber und Sie berichten im Moment überhaupt nicht, wie Sie mit der Vorlage umgehen, weil die ist scheinbar Riveufer noch nicht geändert, ob es dort Änderungen gibt. Sie besprechen sozusagen eigentlich mehr den Änderungsantrag, der jetzt im Raum steht aus Reihen der SPD, und der ja nach langer Diskussion auch eine Mehrheit gefunden hat im Ausschuss. Aber mehr haben wir nicht erfahren und das ist dann für mich ganz ungewiss, weil ich habe das Gefühl, dass Sie jetzt dort etwas hinstellen und sagen: Ja es wird jetzt alles anders gemacht, weil es gibt jetzt hier die Gutachtenbewertung von Professor Bruehlheide und ja was ist denn jetzt anders? Und

genau die Frage habe ich mir auch gestellt. Zieht dann die Verwaltung auch die Bewertung der anderen Gutachten zurück oder sind die, Sie sagen wir wollen jetzt diskutieren, nochmal sachlich, haben Sie eine andere Position? Ich habe es nicht so richtig verstanden, sozusagen zu dem Punkt, weil Sie haben ganz klar gesagt: Hier gibt es ein Gutachten, das sagt, die Bäume sind gesund, wir schützen die Bäume, die gesund sind oder wir verändern was. Aber ich habe es noch nicht richtig verstanden, was ist denn jetzt Ihr neuer Vorschlag zum Umgang mit dem Riveufer genau, was die Frage auch, denke ich, von Ines Brock vor allen Dingen beinhaltet. Auch die darüber hinaus, also über die Allee hinaus geplanten Fällungen. Gibt es da auch einen anderen Vorschlag jetzt von Ihnen? Weil, wenn ich mich erinnere an die Berichte aus unserer Fraktion, das hat Herr Doege auch gesagt, es war ja eine lange Diskussion zum Umgang der Baumaßnahme, auch grade was die Kanalsituation betrifft, und ich empfinde es als ein bisschen schwierig, wenn hier viele Proteste sind. Man kann dagegen sein, gegen die Fällungen, aber die Frage ist ja, wie wird die Sanierung umgesetzt und ich habe so ein bisschen Sorge, dass Sie sagen, ja, wir beachten das jetzt alles und dann fangen wir mit einer Baumaßnahme an und dann gibt es auf einmal doch mehr Fällungen als es vielleicht alle erwarten und wir bremsen eigentlich jetzt nur das Engagement der Bürgerinnen und Bürger aus. Deswegen würde ich von Ihnen gerne zu dem Fakt Umbauplan Riveufer nochmal eine genaue Ansage hören. Was ist der Vorschlag der Verwaltung, was ändert das neue vorliegende Gutachten oder ändert es gar nichts?

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Herr Wolter, ich empfehle Ihnen, in die Vorlage nochmal reinzusehen, ich lese es Ihnen jetzt nochmal vor, dort steht: „Die Baumallee an der Promenade ist so weit wie möglich zu erhalten.“ Wir möchten jeden Baum erhalten und genau so steht es da drin und ich weiß nicht, was da jetzt nicht klar ist bei Ihnen. Kann ich jetzt nicht nachvollziehen.

Herr Lange

Nochmal eine Nachfrage Herr Wolter? Bitte.

Herr Wolter

Ja, das wurde mir auch aus der Diskussion berichtet, das waren ja sozusagen die Fachdiskussionen, die dann im Ausschuss erfolgt sind, das will ich gar nicht aufmachen. Ich wollte ja nur fragen, wenn Sie das weiterhin aufrecht erhalten, dann bedeutet das, dass bis 50% aller Bäume wahrscheinlich gefällt werden müssen, weil sie aus bautechnischen Grund gar keine Standsicherheit mehr haben und weil da an die Kanaldecke rangegangen werden muss, weil da Wurzelbeschädigungen passieren oder gibt es sozusagen eine Neubewertung. Das habe ich schon verstanden, das habe ich auch gelesen in der Vorlage. Das war ja der Grund, warum es bei uns keine Zustimmung gab, weil das sozusagen für uns nicht ganz klar war, zu dem Änderungsantrag und zu der Vorlage, aber auch nicht bewertbar, wieviel denn nun wirklich faktisch stehen bleiben kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Herr Wolter, ich habe mich klar geäußert.

Herr Lange

So, aus den Fraktionen sehe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist der Tagesordnungspunkt beendet. Und wir ... Herr Feigl. Entschuldigung. Dann müssen Sie mal sehr deutlich sich melden. Wer möchte sich jetzt noch von den Grünen äußern?

Herr Feigl

Ich würde jetzt ganz gerne nochmal nachhaken. Also Frau Brock hat explizit die Frage gestellt, ob es auch eine Neubewertung der geplanten Fällung im Hangbereich, also gegenüber der Maria Hedwig am Tiefgarten bzw. auch eine Neubewertung von geplanten Baumfällungen im Zuge der Baumaßnahme am Universitätsring bzw. an der Heideallee gibt. Ob dann, das war ja explizit auch eingeschlossen bei dem Bürgerprotesten, dass da auch

der Unmut ist, dass hier scheinbar zu lax mit Baumfällungen umgegangen wird. Gibt es an diesen Stellen denn auch eine Neubewertung und wird sich dann sozusagen im Handeln der Verwaltung an der Stelle was ändern?

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Auch hier habe ich die Frage an Frau Brock vorhin klar beantwortet, indem ich gesagt habe, auch das wird sich der Gutachter nochmal ansehen.

- Ende Wortprotokoll -

zu 7 Beschlussvorlagen

**zu 7.1 Jahresabschluss 2017 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft
Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2018/04338**

Herr Lange machte auf das Mitwirkungsverbot von Herrn Dr. Wiegand, Herrn Cierpinski, Herrn Sprung, Frau Nagel, Frau Hintz, Frau Hinniger und Herrn Rupsch aufmerksam.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1 - 3 einstimmig zugestimmt
Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2017 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüften und am 03.05.2018 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	16.251,77 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	359.470,03 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 16.251,77 EUR wird in die Kapitalrücklage eingestellt.
3. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

zu 7.2 Beherrschungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft
Vorlage: VI/2018/04315

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Beherrschungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft wird zugestimmt.

2. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

zu 7.3 Grundsatzbeschluss zur Bildung von Ortschaften und zur Einführung von Ortschaftsräten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04316

Herr Geier führte in die Beschlussvorlage ein. Rechtsgrundlage für die Einführung von Ortschaftsräten ist das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA). Gemäß § 81 Abs. 1 KVG LSA können nun Gebietsteile zu Ortschaften bestimmt werden und es kann festgelegt werden, ob ein Ortschaftsrat oder ein Ortsvorsteher gewählt wird. **Herr Geier** erläuterte zwei mögliche Varianten - die Bildung von 5 Ortschaftsräten und die Bildung von 11 Ortschaftsräten.

Frau Dr. Brock sprach im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und erläuterte, dass das Instrument Ortschaftsrat für Halle (Saale) nicht erforderlich ist. Halle (Saale) ist mit einem gewählten Stadtrat ausreichend bedient. Die gewählten Vertreter kommen aus den unterschiedlichsten Stadtteilen und spiegeln die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wider. Bürgerbeteiligung ist immer gut und wichtig. Die hier eingebrachte Beschlussvorlage ist aber nicht das geeignete Instrument. Ihre Fraktion wird aus den benannten Gründen gegen die Vorlage stimmen.

Herr Wolter sagte, dass die Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM auch gegen die Vorlage stimmen wird. Er verwies auf die bereits dazu geführte Diskussion im Hauptausschuss.

Herr Raue sagte, dass Bürgerbeteiligung zu stärken ist. Die vorliegende Beschlussvorlage ist aber nicht vollumfänglich aussagekräftig. Es gibt u.a. keine Regelung zu möglichen Kompetenzen von Ortschaftsräten. Er sagte, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der hier stattfindenden Ratsarbeit nicht schlechter gestellt sind, als gäbe es Ortschaftsräte. Grundsätzlich sind in anderen Gebieten Ortschaftsräte ein richtiges Mittel zur Förderung der

Identität, in Halle würde dies vielleicht zur Spaltung führen. Aus diesen Gründen wird er die Vorlage ablehnen.

Herr Krause sagte, dass es nunmehr die Möglichkeit gibt, Ortschaftsräte zu bilden. Es sollte aber kein voreiliger Beschluss gefasst werden. Über die Rahmenbedingungen und Auswirkungen muss man sich vorab Gedanken machen. Da dies bisweilen nicht geschehen ist, wird die SPD-Fraktion der Vorlage so nicht zustimmen. Vielmehr sollte man erst einmal die Einführung eines Jugendparlaments abwarten und daraus Resultate ziehen.

Frau Krischok sprach sich im Namen der Fraktion DIE LINKE für die Beschlussvorlage aus. Sie bemängelte, dass der Vorlage noch keine Ortschaftsratsverfassung beigelegt ist, die Kompetenzen und Verpflichtungen darlegt, über das zur Verfügung stehende Budget Aussagen trifft und mögliche Prioritätenlisten beinhaltet.

Herr Helmich sprach sich gegen die Vorlage aus. Er habe aus der Bevölkerung heraus noch nie die Rückmeldung erhalten, dass es in Teilen von Halle (Saale) Ortschaften gibt, die sich in der Bürgerbeteiligung ausgeschlossen fühlen. Er hätte sich ein offenes Verfahren gewünscht.

Herr Scholtyssek erklärte, dass sich die CDU/FDP-Fraktion gegen die Vorlage aussprechen wird. Es gibt Maßnahmen und Wege, die Bürgerbeteiligung zu verbessern. Die Bildung von Ortschaftsräten ist aber nicht der richtige Weg. Jeder Stadtrat ist in der Pflicht, auch die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner zu hören, die am Stadtrand von Halle (Saale) leben. Die beiden dargestellten Varianten der Verwaltung sind nicht schlüssig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat, Änderungsanträge zu stellen und den Oberbürgermeister damit zu beauftragen, dem Rat eine Ortschaftsratsverfassung vorzulegen. Wenn der Stadtrat wirklich die Einführung von Ortschaftsräten wollen würde, würde er dieses Instrument nutzen und Änderungen, Ergänzungen und Vorschläge einbringen.

Herr Wolter sagte, dass die vorliegende Vorlage einfach nicht gut ist. Die Verwaltung hat hier zu wenig agiert.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die vorgebrachten Argumente gegen Ortschaftsräte nur Ausreden sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung von Ortschaften und die Einführung von Ortschaftsräten gemäß § 81 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) sowie deren Wahl zum nächstmöglichen Zeitpunkt, frühestens jedoch zum Termin der nächsten Kommunalwahl am 26.05.2019.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Beschlüsse zur Anzahl der Ortschaftsräte, Abgrenzung der Ortschaften, Anzahl der Ortschaftsratsmitglieder pro Ortschaftsrat sowie der Ortschaftsratsverfassung im Rahmen einer Hauptsatzungsänderung vorzubereiten.

zu 7.5 Mitgliedschaft im „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“
Vorlage: VI/2018/04133

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) in den Verband „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“.
2. Die Satzung und die Beitragsordnung des Verbandes „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat 2018 – 2020
Vorlage: VI/2018/04231

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt gemäß Ziffer 2 der Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat in der Fassung der zweiten Änderung für die folgenden Personen die Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat für den Zeitraum vom 05.11.2018 bis zum 04.11.2020.

- **Herr Matthias Rau, Architekt und Stadtplaner**
(*Steinblock Architekten GmbH, Magdeburg*) für das ausscheidende Mitglied
Herr Peter Frießleben
Nominierung durch Architektenkammer Sachsen-Anhalt
- **Herr Uwe Zeh, Freier Architekt (BDA)**
(*Cuboido Architekten BDA – Halle*) für das ausscheidende Mitglied
Herr Hans-Otto Brambach
Nominierung durch Architekturkreis Halle
- **Frau Franziska Schieferdecker, Landschaftsarchitektin**
(*Schieferdecker Landschaftsarchitektur, Dresden*) für das ausscheidende Mitglied
Frau Heike Roos

zu 7.7 **Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2018/03827

zu 7.7.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur**
Beschlussvorlage "Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle" (VI/2018/03827)
Vorlage: VI/2018/04393

zu 7.7.2 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage -**
Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03827 -
Vorlage: VI/2018/04400

Die beiden Änderungsanträge wurden durch **Herrn Feigl**, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und durch **Herrn Scholtyssek**, CDU/FDP-Fraktion, eingebracht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

zu 7.7.2 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage -**
Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03827 -
Vorlage: VI/2018/04400

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
27 Ja-Stimmen
21 Nein Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Dem Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale) und seiner Veröffentlichung wird zugestimmt.
2. Bezüglich einer möglichen weiteren Saalequerung für Kfz im Stadtgebiet wird beschlossen, den nördlichen Korridor planerisch weiter zu untersetzen.
1. Bezüglich der noch im Verkehrspolitischen Leitbild aus dem Jahr 1997 enthaltenen Trassen für Ortsumgehungen ist so zu verfahren, wie in der Anlage empfohlen, und die erforderlichen weitergehenden Untersuchungen sind durchzuführen.
2. Die Evaluierung des Stadtmobilitätsplans erfolgt jährlich durch eine dem Stadtrat zur Kenntnis zu gebende Informationsvorlage.

zu 7.7.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur**
Beschlussvorlage "Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle" (VI/2018/03827)
Vorlage: VI/2018/04393

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

~~Beschlusspunkt 2 wird gestrichen.~~

1. **Beschlusspunkt 2 erhält folgende Fassung:**
„Bezüglich einer möglichen weiteren Saalequerung für Kfz im Stadtgebiet wird beschlossen, nur noch den nördlichen Korridor zwischen Nordstraße und Magdeburger Chaussee (L50) planerisch zu verfolgen und in den Flächennutzungsplan aufzunehmen.“
2. **Anlage 1 „Stadtmobilitätsplan“ wird wie folgt geändert:**
 - a. **Seite 42: Der vierte Absatz (beginnend mit „Die Nordosttangente...“) wird gestrichen.**
 - b. **Seite 43: Der Satz „Ggf. könnte ein nördlicher Saaleübergang mit einer möglichen Nordosttangente im Stadtgebiet verknüpft werden.“ (zweiter Absatz von unten, 2. Satz) wird gestrichen.**
 - c. **Seite 43: In der ersten Textzeile wird die Wortgruppe „einer möglichen Nordtangente und“ gestrichen.**
3. **Anlage 6 „Handlungsbereiche“ wird entsprechend Punkt 2 dieses Beschlussvorschlages angepasst und der Prüfbereich für die Nordosttangente gelöscht.**

zu 7.7 **Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2018/03827

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Dem Stadtmobilitätsplan der Stadt Halle (Saale) und seiner Veröffentlichung wird zugestimmt.
2. Bezüglich einer möglichen weiteren Saalequerung für Kfz im Stadtgebiet wird beschlossen, den nördlichen Korridor planerisch weiter zu untersetzen.
3. Bezüglich der noch im Verkehrspolitischen Leitbild aus dem Jahr 1997 enthaltenen Trassen für Ortsumgehungen ist so zu verfahren, wie in der Anlage empfohlen, und die erforderlichen weitergehenden Untersuchungen sind durchzuführen.
4. Die Evaluierung des Stadtmobilitätsplans erfolgt jährlich durch eine dem Stadtrat zur Kenntnis zu gebende Informationsvorlage.

zu 7.8 Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor
Vorlage: VI/2017/03339

zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor, Vorlage: VI/2017/03339
Vorlage: VI/2018/04397

Frau Winkler sagte, dass der Änderungsantrag unter TOP 7.8.1 zurückgezogen wird.

Herr Lange bat um Abstimmung.

zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor, Vorlage: VI/2017/03339
Vorlage: VI/2018/04397

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Das Nutzungsspektrum im südlichen Teil des Areals des Medizin-Campus Steintor wird zugunsten einer Wohnnutzung erweitert.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vorhabenträgern und der haleschen Wohnungswirtschaft auf eine Wohnnutzung hinzuwirken. Gegebenenfalls ist ein Vorkaufsrecht der Stadt Halle (Saale) für geeignete Immobilien gemeinsam mit den städtischen Wohnungsgesellschaften zu prüfen.

zu 7.8 Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor
Vorlage: VI/2017/03339

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ziele des Rahmenplans bei städtischen Planungen und Abwägungen zu berücksichtigen.

zu 7.9 Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2019
Vorlage: VI/2018/04174

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1-11 benannten Vorhaben mit Programmjahr 2019 in der Städtebauförderung zu beantragen.

zu 7.11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 "Trotha, Solarpark Aschedeponie" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2018/04048

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 178 „Trotha, Solarpark Aschedeponie“ in der Fassung vom 08.08.2018 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 178 „Trotha, Solarpark Aschedeponie“ in der Fassung vom 08.08.2018 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

zu 7.12 Bebauungsplan Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2018/03820

Herr Schied sagte, dass der gültige Bebauungsplan Nr. 24a von 1995 erhalten bleiben soll. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept besagt, dass, wenn dort Flächenerweiterungen erfolgen sollen, dann nicht im zentrenrelevanten Bereich. Der Investor möchte nun aber den zentrenrelevanten Bereich um ein erhöhtes Maß erweitern. Das ist für die Innenstadt ein erhebliches Problem. Die Fraktion DIE LINKE spricht sich gegen einen neuen Bebauungsplan dazu aus.

Frau Winkler sagte, dass im Sinne der Gleichbehandlung zu verfahren ist. Im Zuge der Erweiterung des Neustadt Centrums wurde vor Jahren ein positives Votum gefällt. Dies ist nun ebenso zu tun. Die Regelungen des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts wurden schon

mehrfach nicht berücksichtigt.

Herr Scholtyssek bat um Bewertung der Stellungnahme des Halleschen Einkaufsparks (HEP).

Herr Rebenstorf antwortete, dass es sich hier um einen sogenannten Altfall handelt. Die Baugenehmigung ist rechtskräftig. In der Baugenehmigung selber ist keine Verkaufsfläche exakt beschrieben worden. Man hat die genehmigten Pläne, die Bestandteil der Baugenehmigung sind, ausgewertet und hat dort Flächennutzung von ungefähr 29.300 qm ermittelt. Es hat damals keine Trennung in zentrenrelevante und nicht zentrenrelevante Sortimente gegeben.

Für den jetzt aufgestellten B-Plan wird ein städtebaulicher Vertrag mit dem HEP geschlossen. Dieser liegt im Entwurf vor.

Herr Loebner sagte, dass zur weiteren Diskussion die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden müsste.

Herr Lange unterbrach die Sitzung für 5 Minuten und bat die Mitglieder des Planungsausschusses und die Fraktionsvorsitzenden um Klärung des weiteren Verfahrens.

- 5- minütige Unterbrechung-

Herr Schied stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung in der Fassung vom 06.04.2018 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung in der Fassung vom 06.04.2018 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.13 Bebauungsplan Nr. 194 "Siedlung am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04224**

**zu 7.13.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV B-Plan-Nr. 194 "Siedlung
am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss (Vorlage: VI/2018/04224)
Vorlage: VI/2018/04441**

Herr Schied brachte den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Herr Eigendorf sagte, dass die in der Vorlage aufgezählten Contra-Argumente von der SPD-Fraktion hoch gewichtet werden und aus diesem Grund werden diese den Aufstellungsbeschluss ablehnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass in den letzten Jahrzehnten einzelnen Planungsrecht eingeräumt wurde. Einzelnen Grundstücken wurde Wohnbebauung zugesagt, anderen nicht. Weitere Flächen stehen nicht zur Verfügung. Die Verwaltung möchte nun rechtmäßige Zustände herstellen.

Herr Schied sagte, dass zu prüfen ist, ob ein Bauleitverfahren nötig ist. Er wundere sich, dass der B-Plan auf einen begrenzten Bereich abzielt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass keine Rechtmäßigkeit nach § 35 BauGB hergestellt werden kann.

Herr Scholtyssek sagte, dass für den vorliegenden B-Plan keine Prüfung hinsichtlich der Störfall-Verordnung nötig ist. Diese Prüfung ist beim B-Plan 155 schon erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Gebäude einen angemessenen Abstand haben müssen. Das ist aktuell noch mal zu prüfen. Der Gewerbebetrieb hat neue gewerberechtliche Leistungen angemeldet und die müssen vollständig geprüft werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 7.13.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV B-Plan-Nr. 194 "Siedlung
am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss (Vorlage: VI/2018/04224)
Vorlage: VI/2018/04441**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung eine städtebauliche Analyse zum Gebiet der Siedlung am Krienitzweg mit folgenden Inhalten durchzuführen:
 - städtebauliche Stärken / Schwächen / Chancen / Risiken
 - Darstellung der grundlegenden städtebaulichen Belange und Konflikte
 - Grobdarstellung möglicher Konfliktbewältigungen und städtebaulich sinnvoller Festsetzungen

- Folgeabschätzung (z.B. in Hinblick auf städtische Finanzen)
2. Das Ergebnis der Analyse und eine Empfehlung der Verwaltung über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens ist dem Stadtrat bis April 2019 zum Beschluss vorzulegen.

**zu 7.13 Bebauungsplan Nr. 194 "Siedlung am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04224**

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

16 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen
15 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt: die Punkte 1 bis 3 der Vorlage werden gestrichen und neu durch Punkt 1 und 2 ersetzt.

- ~~2. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 194 „Siedlung am Krienitzweg“ aufzustellen.~~
- ~~3. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 6,1 ha.~~
- ~~4. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.~~
- 1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung eine städtebauliche Analyse zum Gebiet der Siedlung am Krienitzweg mit folgenden Inhalten durchzuführen:**
- **städtebauliche Stärken / Schwächen / Chancen / Risiken**
 - **Darstellung der grundlegenden städtebaulichen Belange und Konflikte**
 - **Grobdarstellung möglicher Konfliktbewältigungen und städtebaulich sinnvoller Festsetzungen**
 - **Folgeabschätzung (z.B. in Hinblick auf städtische Finanzen)**
- 2. Das Ergebnis der Analyse und eine Empfehlung der Verwaltung über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens ist dem Stadtrat bis April 2019 zum Beschluss vorzulegen.**

**zu 7.20 Verzicht auf Variantenbeschlüsse bei den EFRE-Maßnahmen
Freiflächengestaltung Holzplatz/Salinemuseum/Umfeldgestaltung
Salinemuseum
Vorlage: VI/2018/04228**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, bei den EFRE-Maßnahmen (Freiflächengestaltung Holzplatz, Salinemuseum, Umfeldgestaltung Salinemuseum) auf Variantenbeschlüsse zu verzichten.

**zu 7.21 Verzicht auf Variantenbeschlüsse für GRW-Maßnahmen zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Touristische Infrastruktur“
Vorlage: VI/2018/04204**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, bei den GRW-Maßnahmen (Wegenetz, Brücken, Wassertouristische Infrastruktur, Zooeingang) auf Variantenbeschlüsse zu verzichten.

**zu 7.22 Namensgebung für Kita-Neubau Schimmelstraße 7, Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04131**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Namensgebung für den Kita-Neubau Schimmelstraße 7, Halle (Saale) in Kita „Am Stadtpark“ zu.

**zu 7.23 Neufassung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses
Vorlage: VI/2018/03748**

Frau Seidel-Jähmig bedankte sich, dass die Inhalte ihres Antrages in die Nutzungsordnung des Frauenschutzhouses eingearbeitet wurden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Benutzung des Frauenschutzhouses der Stadt Halle (Saale).

2. Der Stadtrat beschließt die Gebührenordnung zur Satzung über die Benutzung des Frauenschutzhauses der Stadt Halle (Saale).

zu 8 Wiedervorlage

**zu 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Evaluierung der papierlosen Ratsarbeit
Vorlage: VI/2018/04058**

Herr Scholtyssek sagte, dass die Einführung des Projektes zur papierlosen Ratsarbeit mit einer Evaluierung verbunden war. Diese Evaluierung hat bisher nicht stattgefunden. Mittlerweile habe man den Antrag inhaltlich konkretisiert. Er warb um Zustimmung zum Antrag.

Frau Ernst sagte, bereits im Stadtrat Mai darum gebeten zu haben, Verbesserungsvorschläge vorzutragen. Dies ist nicht erfolgt. Infolge dessen kann man davon ausgehen, dass sich die papierlose Ratsarbeit vollumfänglich bewährt hat. Die Fragen der Kosten können im Rahmen der Haushaltsberatungen geklärt werden.

Herr Schied fragte, ob das Programm Mandatos nur auf Mac-Geräten funktioniert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Zustimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich abgelehnt
	17 Ja-Stimmen
	26 Nein-Stimmen
	6 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung, Umsetzung und aktuelle Handhabung der papierlosen Ratsarbeit zu evaluieren. Dabei ist ein Kostenvergleich vorzunehmen. Die Stadtverwaltung legt dem Rat einen abschließenden Bericht zur Sitzung im Oktober 2018 vor.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung, Umsetzung und aktuelle Handhabung der papierlosen Ratsarbeit unter Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer zu evaluieren. Die Stadtverwaltung legt dem Rat einen abschließenden Bericht zur Sitzung Dezember 2018 vor. Bestandteil des Berichts sind Vorschläge zur Verbesserung des derzeitigen Systems.

zu 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulturnhallennutzung durch Horte in den Schulferien
Vorlage: VI/2018/04072

Frau Ranft bat um Zustimmung zum Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Ab den Sommerferien 2018 verzichtet die Stadt Halle auf die Erhebung eines Betriebskostenanteils für die Nutzung von Schulsporthallen in den Ferien durch Horteinrichtungen.

zu 8.9 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf kommunaler Flächen am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2018/04085

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass ein Rahmenplan unter den geforderten Kriterien nicht darstellbar ist. Es sind so viele Varianten und Möglichkeiten gegeben, welche alle dem Leitbild Riebeckplatz zu entnehmen sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch bis zur Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 06. November 2018 einen Rahmenplan / Masterplan Riebeckplatz auf Grundlage des Leitbildes Riebeckplatz (VI/2014/00187) zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Von einem weiteren Verkauf kommunaler Flächen im Entwicklungsbereich Riebeckplatz sowie von einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist bis zur Vorlage und Beschlussfassung des Rahmenplanes / Masterplanes Riebeckplatz abzusehen.
3. Auf der Grundlage des Leitbildes Riebeckplatz berücksichtigt der Rahmenplan / Masterplan Riebeckplatz, wie die folgenden Planungsprämissen in Bezug auf die einzelnen Baufelder baulich umgesetzt werden können:
 - a) Die im Leitbild Riebeckplatz festgelegten Höhendominanten an den vorgesehenen Standorten werden beibehalten. Die Bebauung wird mit ca. 25 Geschossen und einer Gesamthöhe von ca. 80 Metern erfolgen.

- b) Es sollen Raumkanten entsprechend des Leitbildes Riebeckplatzes geschaffen werden – verbunden mit einer Qualifizierung des Freiraumes.
- c) Das derzeitige Mobilitätskonzept muss insbesondere für den Bereich Riebeckplatz unter Berücksichtigung der Fuß- und Radwegebeziehungen weiterentwickelt werden. Dies muss durch weitere zusätzliche Fuß- und Radweganbindungen der einzelnen Quadranten vom zentralen Rondell aus über neue Tunnelanlagen in der Minus-1-Ebene und/oder neue Brücken und Fußgängerbereiche in der Plus-1-Ebene erfolgen. Mit der Ausbildung der Fußwegeverbindungen können in den Eckpunkten der Quadranten kleeblattartige Freiräume entstehen – angebunden an das zentrale Rondell. Eine zusätzliche Fuß- und Radweganbindung muss ebenfalls im nördlichen Bereich zwischen Magdeburger Straße und Volkmannstraße geschaffen werden.
- d) Um den hohen Versiegelungsgrad zu kompensieren sind bei der Planung angemessene Maßnahmen für ein verbessertes Stadtklima (z. B. begrünte Dächer und Fassaden, begrünte Etagen und Hausgärten, Baumpflanzungen auch innerhalb der Gebäude, Photovoltaikanlagen, Solarthermie) zu berücksichtigen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Umsetzung des Konzeptes für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030 Vorlage: VI/2018/04365

Frau Dr. Wünsch brachte den Antrag im Namen der Fraktion ein und verwies diesen anschließend zur Diskussion im Zuge der Haushaltsberatungen in den Kulturausschuss und in den Finanzausschuss.

Frau Dr. Brock brachte ihren Unmut zum Ausdruck, dass sich die CDU/FDP-Fraktion diese Thematik zu Eigen macht. Man wollte ursprünglich gemeinsam überfraktionell agieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
*durch Geschäftsordnungsantrag
 der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
 in den
 Kulturausschuss
 und
 Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt das Konzept des Museumsnetzwerkes Halle für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030.

2. Zur Umsetzung wird ab Haushaltsjahr 2019 eine eigene Haushaltsstelle eingerichtet. Für 2019 sind 70.000,-€ einzustellen, ab 2020 p. a. 140.000,-€.

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Sondernutzungssatzung
Vorlage: VI/2018/04360**

Frau **Krischok** brachte den Antrag im Namen der Fraktion DIE LINKE ein.

Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
*durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und
Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

In § 4 Absatz 1 der Sondernutzungssatzung wird folgender Punkt eingefügt:

- f) Informationsstände von nicht kommerziellen Veranstaltern, wie Vereinen, Verbänden, Parteien u. ä.
Diese Stände sind der Verwaltung 1 Woche vorher anzuzeigen.

**zu 9.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aktualisierung der Prioritätenliste für die Sanierungen von Schulen, Kitas und Horten ab dem Jahr 2022
Vorlage: VI/2018/04374**

Herr **Dr. Wend** führte in den Antrag ein und verwies diesen in den Bildungsausschuss und Jugendhilfeausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
*durch Geschäftsordnungsantrag
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Bildungsausschuss
und
Jugendhilfeausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, eine aktualisierte Prioritätenliste (siehe auch Beschlussvorlage Sanierungsbedarf an städtischen Schulen, Vorlagen-Nummer: VI/2016/01805) notwendiger Sanierungen in den Bereichen Schule, Kita

und Hort für den Zeitraum im Anschluss an die Umsetzung des Programms „Bildung 2022“ der Stadtverwaltung zu erstellen.

2. Die aktualisierte Prioritätenliste ist dem Stadtrat innerhalb von drei Monaten nach Beschluss dieses Antrages vorzulegen.
3. Aus der Prioritätenliste sollen
 - a. der aktuell absehbare finanzielle Gesamtumfang der Maßnahmen an jeder Schule
 - b. die einzelnen Sanierungsbedarfe (z. B. Brandschutz, IT, Barrierefreiheit etc.) samt finanzieller Auswirkungen
 - c. die avisierten Terminierungen der einzelnen Baumaßnahmen hervorgehen.

zu 9.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Plastikmüll auf Märkten und bei Veranstaltungen reduzieren
Vorlage: VI/2018/04377

Herr Aldag führte in den Antrag ein.

Herr Scholtyssek fragte, wie die Verwaltung dies bei Veranstaltungen kontrollieren möchte. Glasflaschen sind gerade bei Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen verboten.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Verwaltung Vorschläge unterbreiten wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Vermeidung von unnötigem Müll und Abfall in der Stadt geänderte Teilnahmebedingungen für die städtischen Märkte sowie für städtische Veranstaltungen (z.B. das Laternenfest) zu erarbeiten, die eine möglichst umfangreiche Reduzierung von Plastiktragetaschen/Plastiktragetüten und Einwegbehältern/Einweggeschirr/Einwegbesteck/Einwegflaschen aus Plastik zum Ziel haben. Entsprechende Vorschläge sind den Stadtratsgremien bis zur Stadtratssitzung im Februar 2019 vorzulegen.

zu 9.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378

Frau Dr. Brock brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum März 2019 dem Stadtrat Maßnahmen vorzulegen, die in den kommunal relevanten Handlungsfeldern (Gesundheit, Waldbewirtschaftung, Biodiversität, Natur- und Artenschutz, Stadt- und Landschaftsplanung, Bauwesen und Immobilien, Verkehr und Mobilität usw.) die Stadt widerstandsfähiger gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels (Trockenheit, Hitze, Starkregen) machen.
2. Als erste konkrete Maßnahme im Sinne von Beschlusspunkt 1 pflanzt die Stadt Halle ab dem Jahr 2019 außerhalb von Projekten der grundhaften Straßensanierung und außerhalb von ohnehin vorzunehmenden Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen an geeigneten Standorten und vorrangig in bisher baumfreien Straßen im Stadtgebiet jährlich mindestens 100 neue Stadtbäume.

**zu 9.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/FDP und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Unterstützung eines freien Trägers – hier: Bewerbung FAN-Projekt
Vorlage: VI/2018/04443**

Herr Dr. Wend brachte den Dringlichkeitsantrag ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) befürwortet, dass das Jugend- und Familienzentrum Sankt Georgen e.V. Träger des FAN-Projektes für den Halleschen FC wird.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage zur Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Kälteversorgungsanlage der alten Eissporthalle, Vorlagen-Nummer: VI/2018/04079, vom Mai 2018 Vorlage: VI/2018/04358

- Auf Antrag der CDU/FDP-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Bönisch

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Die Anfrage zum Thema Kündigung des Eiserzeugungsvertrages ist nicht beantwortet worden. Warum wieder nicht? Da ist dann verwiesen worden, es musste ja damals irgendwas sein und wir mussten den Vergleich machen. Das Landgericht hat im August 2014 entschieden, dass die ersten beiden Raten zu zahlen waren. Das war die Klage der Fiba. Das Landgericht hat gesagt, es wäre beispielsweise eine Kündigungsfrist von 3 Monaten denkbar, oder zum Beispiel eine Kündigung per Ende 2013. Das war in 2014. Dieser Fiba-Vergleich wurde 2016 abgeschlossen. Dass es dann inzwischen irgendwie Zeit war, lässt sich irgendwie nachvollziehen, aber die Frage war: Warum wurde die Kündigung nicht durchgesetzt, als sie durchsetzbar schien? Nach Landgerichtsurteil, nämlich in 2014. Also das ist keine, die Frage ist nicht beantwortet worden. Es wurde nur gesagt: Naja, es ging nicht anders, wir mussten einen Vergleich machen. Aber warum hat man sich nicht bemüht eine Kündigung durchzusetzen? Das ist der Inhalt der Frage und ich bitte, die dann demnächst nochmal zu beantworten.

Die zweite Geschichte war der Vergleich: Zustimmungspflichtig durch den Stadtrat. Wird hier gesagt: Nein, denn wir hätten ja beschlossen, im Nachtragsbeschluss zu dem Erbbaurechtvertrag, dass der Oberbürgermeister bzw. die Stadtverwaltung alles zu regeln hätte. Ich lese mal vor aus diesem Vertrag. Da steht:

„Der Erbbauberechtigten ist es untersagt Ansprüche von Gläubigern ohne vorherige Zustimmung der Grundstückseigentümerin, das war die Stadt, anzuerkennen oder vergleichsweise zu regeln.“

Das heißt, die Entscheidung über den Vergleich lag eindeutig bei der Stadt. Und wenn sie bei der Stadt lag, diese Entscheidung, dann auch beim Stadtrat, weil der Stadtrat bei Vergleichen einzubeziehen ist. Also, ich bitte Sie an der Stelle noch einmal zu überprüfen, ob das, was Sie hier gesagt haben, richtig ist. Ich weiß allerdings, dass es sowieso folgenlos bleibt. Hier kann in der Stadtverwaltung jeder machen, was er will, irgendwelche Sanktionen treffen da nicht, es trifft niemanden was. Das ist schon sehr bedauerlich. Aber ich bitte, diese Stellungnahme nochmal zu überprüfen, weil Sie genau darauf hinweisen, wir hätten ja die Stadt ermächtigt. Wir haben die Stadt ermächtigt, diesen Vertrag abzuschließen und da steht drin: Vergleiche obliegen der Grundstückseigentümerin. Und das ist die Stadt und nicht die Stadtverwaltung und da wäre demzufolge eben auch der Finanzausschuss für Vergleiche oder der Stadtrat für Vergleiche hinzuzuziehen gewesen. Bitte überprüfen Sie die Stellungnahme noch einmal und bitte beantworten Sie den Teil: Warum ist keine Kündigung herbeigeführt worden?

Herr Lange

Frau Dr. Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Ja, das müssen wir schriftlich machen.

Herr Lange

Machen Sie schriftlich? Okay. Gut.

Herr Bönisch

Das ist aus meiner Sicht auch unbillig zu sagen, wir mussten noch frühere Protagonisten nach diesem und jenem befragen. Die Anfrage lag, oder ist mit Datum vom 09. Mai eingestellt worden, und mit Ende Juni hatten Sie die Gespräche mit irgendwelchen Protagonisten, die möglicherweise hätten irgendetwas noch beitragen können, obwohl aus der Aktenlage die Frage ganz leicht zu beantworten war. Zur Verzögerung zum Anlass zu nehmen ... Anfang Mai die Frage gestellt, Ende August beantwortet und jetzt sagen Sie: Naja, wir mussten ja noch mit irgendwelchen Leuten reden. Jetzt könnte ich noch ein bisschen gemein sein: Mit wem haben Sie bitte wann geredet? Das wäre jetzt noch eine Nachfrage, damit erhärtet wird, was Sie hier sagen. Ich halte das für eine Hinhaltetaktik und ich finde das langsam wirklich elend, wie Sie in dieser Frage mit uns umgehen. Seit Mai werden hier Fragen aufgeworfen. Wir haben jetzt September und es ist fast keine Frage beantwortet. Nachher komme ich nochmal bei mündliche Anfragen muss ich das wohl machen, weil gestern eine nachgereichte Antwort kam auf eine mündliche Anfrage aus der letzten Sitzung, auch zum Komplex Eissporthalle und da werde ich nachher nochmal nachfragen.

Herr Lange

Gut. Kann das jetzt beantwortet werden, wann, wer mit welchem Protagonisten nochmal gesprochen hat?

Frau Dr. Marquardt

Nein, mündlich nicht.

Herr Lange

Gut. Dann wird das also auch noch mal schriftlich zugearbeitet.

- Ende Wortprotokoll -

**zu 10.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Einsatz von Solar-Mülleimern
Vorlage: VI/2018/04361**

Frau Krischok bat die Verwaltung um eine entsprechende Information zu den Behältern und alles, was die Thematik umfasst, im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu geben. Zeitlich vor dem Frühjahr.

Frau Ernst schlug vor, im Ausschuss über erste Ergebnisse des neuen Konzepts zu informieren.

**zu 10.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Patenschaften
Vorlage: VI/2018/04362**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu
bauplanungsrechtlich genehmigten Verkaufsflächen
Vorlage: VI/2018/04366**

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat Oktober.

**zu 10.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum
Bildungsbericht 2018
Vorlage: VI/2018/04368**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu
Grundstücksverkäufen im Star Park
Vorlage: VI/2018/04369**

Herr Gernhardt sagte, dass die Frage, welche Gelder durch den Verkauf von Grundstücken im Star Park an die Stadt Halle (Saale) und die EVG geflossen sind, nicht beantwortet wurde. Weiterhin ist die Frage zu Gewerbesteuereinnahmen nicht beantwortet.

Frau Ernst sagte, dass die Antwort zu Gewerbesteuereinnahmen nachgereicht wird.

Bei den Angaben zu Verkaufspreisen handelt es sich um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Man prüfe aber, inwiefern im Rahmen der Gesellschaft informiert werden kann.

**zu 10.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu
Verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04370**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Marktplatz
Vorlage: VI/2018/04287**

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat Oktober.

**zu 10.9 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes
Vorlage: VI/2018/04373**

Herr Krause sagte, dass die Antwort der Verwaltung sehr kurz gefasst ist. Die Fragen 1-6 beinhalten Daten, die der Verwaltung vorliegen und zur Verfügung gestellt werden könnten.

Frau Ernst sagte, dass die Daten der Verwaltung nicht vorliegen. Sie bot an, die Fragen an das zuständige Landesverwaltungsamt weiter zu geben.

**zu 10.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen in Halle
Vorlage: VI/2018/04376**

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat Oktober.

**zu 10.11 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur weiteren Entwicklung der Neuen Residenz
Vorlage: VI/2018/04380**

Herr Dr. Wend merkte an, dass die Antwort der Verwaltung sehr kurz gefasst ist. Er bat um Information, welchen Verhandlungsstand es gibt, welchen Impuls die Stadt verfolgt etc.

Frau Ernst antwortete, dass zahlreiche Impulse an das Land erfolgt sind. Es handelt sich um eine Immobilie des Landes.

**zu 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kompensationsflächen
Vorlage: VI/2018/04155**

Herr Aldag fragte, ob die eingescannte Anlage in einem anderen Format zur Verfügung gestellt werden könnte, da diese schwer lesbar ist.

Er fragte, warum stillgelegte Kleingärtenanlagen nicht als mögliche Kompensationsflächen mit in der Antwort der Verwaltung aufgenommen worden.

Herr Rebenstorf bedankte sich für den Hinweis und sagte eine Prüfung zu.

**zu 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherheit auf den Wegen zur Schule und zur Kindertagesstätte
Vorlage: VI/2018/04297**

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat Oktober.

Frau Dr. Brock sagte, dass die Fragen 2-4 von der Verwaltung beantwortet werden können, unabhängig der bislang fehlenden Zuarbeit der Grundschulen für die Frage 1.

Frau Brederlow antwortete, dass man die Fragen gebündelt beantworten möchte. Es sind noch Abstimmungen nötig.

zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2017
Vorlage: VI/2018/04300

Herr Aldag merkte an, dass Nachpflanzungen in der nächsten Vegetationsperiode erfolgen müssen und nicht, wie in der Antwort der Verwaltung, innerhalb einer Zeitspanne von drei Jahren.

Er fragte nach, wieviele Bäume 2017 tatsächlich gepflanzt worden. Weiterhin, ob alle Bäume in 2016 gepflanzt worden, oder ob dies in noch 2017 hätte erfolgen müssen.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kindertagespflege
Vorlage: VI/2018/04379

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wiederaufforstung der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2018/04372

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Quartalsbericht I/2018 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG
Vorlage: VI/2018/04175

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 Information zur geplanten Öffnung der Einbahnstraße Kreuzvorwerk für den Radverkehr in Gegenrichtung
Vorlage: VI/2017/03635

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.4 Bericht zur Situation der Pflege älterer Menschen in Halle (Saale) – Pflegeinfrastrukturbericht 2017
Vorlage: VI/2017/03317

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Anfrage Frau Dr. Brock zur Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt

Frau Dr. Brock führte aus, dass im Rahmen der Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt auf dem Marktplatz ein Sandspielplatz, an der Ulrichskirche ein Klangspiel und auf dem Oberen Boulevard ein Verkehrsgarten errichtet wurde. Sie fragte, ob diese Maßnahmen im Hinblick auf ihre Wirkung evaluiert wurden und wenn ja, welche Ergebnisse die Verwaltung daraus erzielt.

Frau Ernst antwortete, dass die Laufzeit des Projektes noch nicht abgeschlossen ist. Eine Evaluation erfolgt im Anschluss.

zu 12.2 Frau Dr. Schöps zur Beschlussvorlage Universitätsring

Frau Dr. Schöps bezog sich auf die Beschlussvorlage Universitätsring und die sieben zur Fällung vorgesehenen Bäume. Begründet wird die Fällung von vier Bäumen mit einem schlechten Zustand. Drei Bäume sollen aufgrund bautechnischer Gegebenheiten gefällt werden. Sie bat um Erläuterung zum Zustand der Bäume. Sie fragte, welche Alternativen untersucht wurden, damit die Bäume nicht gefällt werden müssen.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Schöps fragte weiter, warum die jetzige Natursteinmauer durch eine Betonmauer mit Sandsteinverblendung ersetzt werden soll und was mit den alten Steinen geschehen wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass ein einheitliches Gestaltungsbild über den gesamten Ring entstehen soll. Die Frage der Steine wird schriftlich beantwortet.

zu 12.3 Frau Dr. Brock zum Antrag zur Hebammenversorgung im Wochenbett

Frau Dr. Brock fragte, warum der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Wochenbett nicht auf der heutigen Tagesordnung stand.

Herr Stehle antwortete, dass der Antrag im Zuge der Haushaltsberatungen behandelt wird.

Frau Dr. Brock bat darum, den Antrag im nächsten Stadtrat zu behandeln.

zu 12.4 Herr Aldag zum Masterplan "Nachhaltige Mobilität"

Herr Aldag bezog sich auf den Masterplan „Nachhaltige Mobilität“ und fragte, wann dieser vorgestellt wird.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.5 Herr Aldag zu Grundschule Büschdorf

Herr Aldag fragte, wann die Ausbauarbeiten im Dachgeschoss der Grundschule Büschdorf erfolgen werden.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.6 Herr Rupsch zum Juliot-Curie-Platz

Herr Rupsch erinnerte an seine Anfrage aus der letzten Ratssitzung zur Einbahnstraßenregelung Juliot-Curie-Platz und sagte, dass die Beantwortung noch aussteht.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Antwort im Session verfügbar ist.

zu 12.7 Herr Rupsch zum B-Plan 177

Herr Rupsch bezog sich auf den B-Plan 177 und fragte, ob vor dem Abriss eine Untersuchung bezüglich der Behausung mit Vögeln, Fledermäusen etc. stattgefunden hat. Er fragte nach einem entsprechenden Ergebnis dieser Untersuchung.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.8 Herr Rupsch zum Parkraumkonzept Paulus- und Medizinerviertel

Herr Rupsch bezog sich auf das Parkraumkonzept Paulus- und Medizinerviertel und fragte, wann dieses vorgelegt wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies noch verwaltungsintern geprüft wird. Er sagte zu, dass dieses im November in den Rat eingebracht wird.

zu 12.9 Herr Rupsch zur Förderrichtlinie für Maßnahmen Umwelt und Naturschutz

Herr Rupsch fragte nach der Vorlage der Förderrichtlinie für Maßnahmen Umwelt und Naturschutz.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies noch verwaltungsintern geprüft wird. Er sagte zu, dass dieses im November in den Rat eingebracht wird.

zu 12.10 Herr Scholtyssek zur Brandschutzerziehung

Herr Scholtyssek bezog sich auf seine Anfrage zur Brandschutzerziehung aus der letzten Stadtratssitzung und fragte, wie die Brandschutzerziehung weiterhin erfolgen wird.

Frau Ernst antwortete, dass die Maßnahme am 31.10.2018 ausläuft und ab 01.11.2018 fortgesetzt wird. Es erfolgt ein nahtloser Übergang.

zu 12.11 Frau Dr. Bergner zur Verfügungsstellung von Räumlichkeiten an Schulen

Frau Dr. Bergner wunderte eine Aussage der Verwaltung, dass es keine Schwierigkeiten gibt, Räume an Schulen zur Verfügung zu stellen. Dieser Aussage widerspricht die Sekundarschule Johann Christian Reil. Sie bat um Erläuterung.

Frau Brederlow sagte, dass es an Grundschulen noch freie Räume gibt und Klassen gebildet werden könnten. Dies betrifft nicht die Sekundarschulen.

zu 12.12 Herr Bönisch zur Eissporthalle

- Auf Antrag der CDU/FDP-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Bönisch

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe noch eine Frage, die ich jetzt zu der schriftlichen Beantwortung, die heute Mittag ergangen ist, auf die Nachfrage von der letzten Stadtratssitzung. Eine Anmerkung nochmal. Wenn wir solche Nachfragen stellen, ist es nicht wie eine neue Anfrage, die wir innerhalb von vier Wochen beantworten, sondern das sollte dann bitte möglichst umgehend passieren und zügig. Also wieder vier Wochen zu warten. Wir sehen das in dem ganzen Zusammenhang Eissporthalle. Da wird seit April gefragt, wir haben September und es wird immer unklarer, statt klarer. Es würde durch eine zügige Beantwortung schneller gehen.

Jetzt meine Frage: Sie haben die Frage so beantwortet: Die Planungsleistungen, die in den 660 Tausend mit aufgeführt waren, die haben gar nicht für das Provisorium stattgefunden, sondern für den jetzt aktuellen Eisdome. Steht in Ihrer Antwort drin. Die beinhalten Leistungen

für den jetzt aktuellen Sparkassen-Eisdom. Aber wieso schreiben Sie dann bei der letzten Beantwortung auf: Planungsleistungen in Höhe von...? Als wir gefragt haben: Welche worden aufgrund des Stadtratsbeschlusses zum Provisorium? Welche Leistungen worden erbracht? Welche Ausgaben getätigt? Da stehen die Planungskosten da drin. Jetzt heißt es aber, die sind gar nicht damit zusammenhängend, sondern mit dem neuen Sparkassen-Eisdom. Was ist jetzt richtig? Das sind jetzt echte widersprüchliche Antworten.

Frau Dr. Marquardt

Es geht um die Kosten, die insgesamt mit dem Produkt Eissport zusammenhängen und diese Planungskosten waren tatsächlich für die modulare Halle, die jetzt als Eisdom genutzt wird. Aber in dem Zusammenhang hatten wir alle Kosten, die mit Eissport in dem Zeitraum zusammenhängen.

Herr Bönisch

Und das ist dann alles in irgendeinem Das wird nämlich langsam dubios. Wenn das alles durch Fördermittel gedeckt worden ist, weil es nirgendswoher gezahlt wurde. Es gab ja keine Einnahmen, es gab nur Ausgaben und dann muss man ja schon annehmen, dass das alles von Fördermitteln bezahlt worden ist. Aber Fördermittel für den neuen Eisdom und nicht für das Provisorium. Und dann war das Aufstellen des Provisoriums an der Messe ja Glück, weil es ist ja ohne Planung passiert. Man hat das ja hingestellt und es hat Gott sei Dank funktioniert. Planung hat es aber nicht gegeben. Also, ich bitte Sie. Woher ist das aber bezahlt worden? Das war die Frage und einmal so und einmal so. Das wird langsam dubios.

Frau Dr. Marquardt

Sie kennen die Verträge, die damals abgeschlossen wurden.

Herr Bönisch

Ich kenne die Verträge nicht. Natürlich nicht. Wieso?

Frau Dr. Marquardt

Wenn Sie Akteneinsicht haben, kennen Sie sie bestimmt. Die Planungsleistungen, die in dem Zeitraum erfolgt sind, waren für die modulare Halle, für den jetzigen Eisdom. Die waren förderfähig. Die Förderfähigkeit ändert nichts daran, dass wir Geld beantragen und das später zurückbekommen. Sie wissen, dass wir lange gebraucht haben, bis wir eine Bewilligung hatten. Aber wir haben das Geld bekommen für diese Planungsleistungen für den jetzigen Eisdom. Die sind förderfähig.

Herr Bönisch

Und wo sind die Planungsleistungen geblieben für den Eisdom an der Messe? Das Provisorium, darum geht es ja.

Frau Dr. Marquardt

Das war nicht Sache der Stadt, das war Sache des damaligen Betreibers.

Herr Bönisch

Aber wir haben beschlossen, für dieses Provisorium Geld zur Verfügung zu stellen. Das war Stadtratsbeschluss. Es ging in dem Stadtratsbeschluss nur um das Provisorium.

Frau Dr. Marquardt

Für das Provisorium brauchten wir diese Eisfläche.

Herr Bönisch

Na freilich und alles was dazu gekommen ist.

Frau Dr. Marquardt

Und das war ein Teil dieser Kosten.

Herr Bönisch

Also, das ist wirklich eine bösartige Verschleierungstaktik. Zum Beispiel, wenn das alles in dem neuen Eisdom ist und dort gefördert worden sein sollte, dann war das aber als es dort eingebaut wurde, schon mindestens ein Jahr alt. Und Sie haben ja auch selber in Ihrer Beantwortung angegeben, dass der Wert schon reduziert war. Wo sind dann diese Kosten geblieben für die Abschreibung? Haben wir die wieder voll fördern lassen in voller Anschaffungshöhe? Das wäre Fördermittelbetrug. Wenn nicht, müssen irgendwo Kosten hängengeblieben sein. Wo? Und diese Beantwortungstaktik hängt mir so zum Hals raus. Es kommen mehr Unklarheiten zustande als Klarheiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch, Entschuldigung, wenn ich jetzt dazwischen gehe. Ich finde es nicht in Ordnung, das hier ist kein Verhör oder sonstige Dinge. Ich bitte Sie, die Fragen zu stellen. Wir versuchen nach bestem Wissen zu antworten. Das macht Frau Marquardt. Aber das ist hier kein Verhörraum. Und Sie wissen, dass es ein Gerichtsverfahren gibt, momentan. Sie wissen auch ...

Herr Bönisch

Ich weiß von nichts. Ich weiß, dass es das gibt, weil Sie es schon mal behauptet haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, Sie wissen. Sie haben sich doch getroffen. Sie wissen es ganz genau.

Herr Bönisch

Wer hat sich getroffen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Und Sie wissen ganz genau, dass hier ein Gerichtsverfahren auch läuft. Das ändert aber nichts daran, dass wir Ihre Fragen beantworten. Aber bitte machen Sie es nicht so und fragen Sie die Beigeordnete nicht im Verhörverfahren

Herr Bönisch

Dann geben Sie vernünftige Antworten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es gibt hier kein Verhör. Ich bitte Sie, Ihre Fragen zu stellen und wir beantworten die Fragen.

Herr Bönisch

Dann frage ich jetzt noch mal klipp und klar nach: Wie sind die Planungsleistungen verbucht worden, die seinerseits für die Errichtung des Provisoriums genutzt wurden?

Herr Lange

Frau Dr. Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Das Zelt an der Messe war Sache der Messe. Das war nicht Sache der Stadt.

Herr Bönisch

Und warum haben wir dann diesen Beschluss damals gefasst? Also, das finde ich wirklich furchtbar. Und nochmal die zweite Frage, wenn, dann frage ich jetzt penetrant nach. Bei dem Fördermittelgeber für die Errichtung des Sparkassen-Eisdoms jetzt, worden dann die Kosten des damaligen Provisoriums mit in Rechnung gestellt? Es gab ja Kosten. Oder sind die alle

bei irgendjemand hängen geblieben? Und hat man die dem Fördermittelgeber mit in Rechnung gestellt für die neue, jetzt dauerhafte Eissporthalle? Weil das Provisorium war ja zu keinem Zeitpunkt förderfähig. Und wer hat das also bezahlt? Wer hat die Kosten getragen?

Herr Lange

Gut. Frau Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Die Kosten für Teile, die nachhaltig genutzt werden, und das sind viele Sachen, die nachhaltig genutzt werden, auch im jetzigen Eisdome, die sind selbstverständlich förderfähig. Die Teile, die interimistisch ausschließlich in dem Eiszelt genutzt worden, die sind natürlich nicht förderfähig, aber die waren ein Teil dieses Stadtratsbeschlusses.

Herr Bönisch

Oh je, dann wird es noch mal spannend. Dann werde ich zu gegebener Zeit noch anderwärts fragen. Danke.

- Ende Wortprotokoll -

zu 12.13 Frau Dr. Wüscher zur Amsterdamer Straße / Brüsseler Straße

Frau Dr. Wüscher sagte, dass Anwohner der Amsterdamer Straße / Brüsseler Straße darauf hingewiesen haben, dass sich im Durchgang von Netto zu Kaufland viele angetrunkene Personen aufhalten, diesen Bereich vermüllen und es für die Anwohner sehr unangenehm ist, diesen Durchgang zu queren. Sie fragte, ob der Verwaltung dieser Zustand bekannt ist, ob es entsprechende Anzeigen beim Ordnungsamt oder der Polizei gibt und was man gegen diesen Zustand unternehmen kann.

Frau Ernst sagte eine Prüfung zu.

zu 12.14 Herr Gernhardt zum Tool zur Bestimmung der Kosten des PKW- und LKW-Verkehrs nutzen

Herr Gernhardt bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zum Tool zur Bestimmung der Kosten des PKW- und LKW-Verkehrs, in dem es hieß, dass die erforderliche Datengrundlage sehr aufwendig ist, die Zusammenstellung einen personellen Aufwand erfordert, und je nach Verfügbarkeit der Haushaltsmittel könnte in 2019 mit einer Projektvorstufe begonnen werden. Er fragte, wie man damit weiter umgeht. Wenn es einen finanziellen Aufwand gibt, müsste dies in den Haushaltsberatungen mit diskutiert werden. Er fragte, ob die Verwaltung hier federführend agieren wird oder es einen Änderungsantrag bedarf.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Verwaltung die Datengrundlage in eigener Verantwortung in 2019 erheben wird. Im Ergebnis dessen würde dann mit den Haushaltsberatungen 2020 weiter entschieden werden. Für die Vorstufe ergibt sich noch kein hoher finanzieller Bedarf.

zu 12.15 Herr Schiedung zu Ersatzpflanzungen

Herr Schiedung bezog sich auf die erhaltene Sachspende für Ersatzpflanzungen bezüglich des Deichbaus 2013. Er fragte, ob die erhaltenen 3360 Bäume schon gepflanzt worden.

Frau Ernst bejahte dies. Eine entsprechende Information erging bereits im April, Mai und Juni.

Herr Schiedung fragte nach, ob diese Bäume der Baumschutzsatzung entsprechen.

Frau Ernst sagte, dass die Pflanzungen mit der Kommunalaufsichtsbehörde abgestimmt waren und demnach der Baumschutzsatzung entsprechen.

Herr Schiedung fragte nach, ob alle Bäume überlebt haben.

Frau Ernst antwortete, dass im kommenden Frühjahr überprüft wird, inwieweit die Bäume angewachsen sind. Eine entsprechende Information wird dazu dann erfolgen.

zu 12.16 Herr Dr. Wend zur Sitzungsplanung 2019

Herr Dr. Wend fragte, wann die Sitzungsplanung 2019 vorliegen wird.

Frau Ernst antwortete, dass die Planung für 2019 abgeschlossen ist. Eine entsprechende Information haben die Fraktionen erhalten.

zu 12.17 Herr Senius zur Freiwilligen Feuerwehr Büschdorf

Herr Senius sagte, dass sich die Freiwillige Feuerwehr Büschdorf einmal jährlich im Rahmen der Jugendarbeit mit einer befreundeten Jugendfeuerwehr mehrtägig in Halle (Saale) trifft und austauscht. In der Vergangenheit konnten diese im Hort der Grundschule nächtigen und die Sanitäreinrichtungen der Turnhalle nutzen. In diesem Jahr ist ihnen das verweigert worden. Er bat um Begründung dieser Entscheidung und regte an, dass die Verwaltung dem Abhilfe schafft.

Frau Ernst sagte, dass selbstverständlich Räume zur Verfügung gestellt werden. Sie bat, diesen Fehler zu entschuldigen.

zu 12.18 Herr Raue zu Kassenkrediten

Herr Raue fragte, zu welchem durchschnittlichen Zinssatz die Verwaltung ihre Kassenkredite zur Verfügung gestellt bekommt und in welcher Form das Zinsänderungsrisiko abgesichert wird.

Herr Geier sagte, dass der aktuelle Zinssatz zwischen 0% und 1 % liegt. Eine genaue Angabe müsste schriftlich erfolgen. Abgesichert wird dies durch eine lange Laufzeit der Rahmenverträge der Kassenkredite und die Inanspruchnahme einer Erlassung durch das Land.

zu 12.19 Herr Raue zu Personalstellen

Herr Raue fragte, in welchem Bereich die zehn neuen Stellen im Fachbereich Sicherheit tätig sein werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Einsatz im Außendienst erfolgen wird.

zu 12.20 Herr Lange zum schnellen Internet an der KGS Humboldt

Herr Lange fragte, wann die KGS Humboldt schnelles Internet erhalten wird.

Frau Ernst antwortete, dass alle Schulen im Rahmen des Breitbandausbaus mit berücksichtigt werden. Sobald die Ausschreibung erfolgt ist, wird hier schnellstmöglich agiert.

Herr Lange bat um eine Mitteilung im Bildungsausschuss.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Fahrradparkplätzen in der Ludwig-Wucherer-Straße Vorlage: VI/2018/04363

Durch die Anregung des Stadtrates Dirk Gernhardt vom Januar diesen Jahres konnte die Anzahl der Fahrradbügel vor dem Edeka in der Ludwig-Wucherer-Straße erhöht und damit mehr diebstahlsichere Abstellanlagen geschaffen werden. Allerdings wurde der nun für Fahrradbügel genutzte Platz auch schon vorher zum Abstellen von Rädern genutzt, sodass sich die Gesamtfläche zum Abstellen von Rädern nicht erhöht hat. Die letzten Wochen und Monate haben aber wieder gezeigt, dass es an dieser Stelle einen Bedarf an zusätzlicher Stellfläche für Räder gibt, damit dort sowohl Fuß- als auch Radweg vernünftig nutzbar sind (auch im Sinne einer Verkehrsgefährdung) und Räder sicher abgestellt werden können.

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) regt die Verwaltung deshalb nochmal an, einen oder zwei PKW-Parkplätze an dieser Stelle zu Fahrradparkplätzen Umzuwidmen, um diesen Bedarf zu befriedigen. Schon ein Parkplatz könnte bis zu 10 Räder aufnehmen und so für eine starke Entlastung des Fußweges an dieser Stelle führen.

zu 13.2 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Wege freihalten - Sitzbereiche schaffen Vorlage: VI/2018/04364

In der Ludwig-Wucherer-Straße wird der Gehweg auf Höhe des Eisdealers (Ludwig-Wucherer-Straße 62) immer wieder durch eine starke Frequentierung der Lokalität eingeschränkt, sodass es für Fußgänger*innen, insbesondere mit Rollatoren oder Kinderwagen, oft schwer ist, ihn zu nutzen. Wir finden es schön und erstrebenswert der Bevölkerung Räume zum Aufenthalt zu öffnen und ihnen Plätze zum Verweilen anzubieten.

Deshalb regt die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) die Stadtverwaltung an, die vor dem Lokal befindlichen Parkklätze zeitweise (Hochsaison) als Sitzbereich für Kund*innen freizugeben. Andere Städte wie Bonn haben damit gute Erfahrungen gemacht.

zu 13.3 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Müllbeseitigung und Bepflanzung auf dem Bahnhofsvorplatz
Vorlage: VI/2018/04375

Der Bereich des Hauptbahnhofs ist derzeit und auch noch in den nächsten Jahren von umfangreichen Sanierungs- und Umbauarbeiten betroffen. Abgeschlossen sind die Bauarbeiten im östlichen Teil des Bahnhofs (Gleise 7-12). Übergangsweise befinden sich vor dem Haupteingang auf dem Bahnhofsvorplatz Containerlösungen für Geschäfte und auch eine Toilettenanlage. Entlang der sanierten östlichen Seite des Bahnhofsvorplatzes sind Fahrradabstellanlagen angeordnet. Zwischen diesen Fahrradabstellanlagen und der Mauer befinden sich insgesamt fünf „Vertiefungen“, die im Verantwortungsbereich der Stadt liegen und aktuell lediglich als illegale Müllsammelplätze genutzt werden (vgl. Fotos in der Anlage).

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN regt an, dass der Bereich an der östlichen Mauer des Bahnhofsvorplatzes - als Teil des Stadteingangs - künftig regelmäßig beräumt und gesäubert wird. Außerdem regen wir geeignete Bepflanzungen in den vorhandenen „Vertiefungen“ an.

zu 13.4 Herr Cierpinski zum Schulexpress

Herr Cierpinski regte an, sich mit dem Projekt Schulexpress zu beschäftigen. Dieses Projekt wird seit drei Jahren in Deutschland und Österreich erfolgreich durchgesetzt. Hierbei treffen sich Kinder an einer festgelegten Stelle und laufen gemeinsam zur Schule.

Das Projekt Hol- und Bringezonen könnte in diesem Rahmen weitergedacht und ergänzt werden.

zu 13.5 Herr Dr. Wend zur Beschlussvorlage "Präventive Jugendarbeit"

Herr Dr. Wend regte an, dass die Beschlussvorlage „Präventive Jugendarbeit“ dem Rat zeitnah vorgelegt wird.

zu 13.6 Herr Dr. Wend zur Schule Kastanienallee

Herr Dr. Wend sagte, dass die Zustände in der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee untragbar sind. Die Lehrer werden trotz politischer Bemühung allein gelassen. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist derart hoch, dass kein ordentlicher Unterricht stattfinden kann, es gibt Sprachbarrieren und die entsprechenden Lehrkräfte stehen nicht zur Verfügung. Er regte an, dass Verwaltung und Rat agieren müssen, um die Zustände zu verbessern.

Frau Ernst sagte, dass auf die Problematik auf Landesebene hingewiesen werden muss. Verwaltung und Rat versuchen in großem Maß, dem Abhilfe zu schaffen.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag auf Akteneinsicht in die Vertragsunterlagen zwischen der Stadt Halle und dem Rennclub Halle (Saale) e.V.

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.2 Antrag auf Akteneinsicht zu Baumersatzpflanzungen im Südpark

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Lange beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer

Nachtrag

zur Niederschrift der 46. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 26.09.2018

Anmerkung: In der Sitzung des Stadtrates am 24.10.2018 sagte Herr Schied beim Tagesordnungspunkt 3 – Bestätigung der Niederschrift vom 26.09.2018, dass seine Aussage zum TOP

zu 7.13 *Bebauungsplan Nr. 194 "Siedlung am Krienitzweg" - Aufstellungsbeschluss* *Vorlage: VI/2018/04224*

nicht richtig dargestellt wurde. Er bat um Korrektur.

Alt:

Herr Schied sagte, dass zu prüfen ist, ob ein Bauleitverfahren nötig ist. Er wundere sich, dass der B-Plan auf einen begrenzten Bereich abzielt.

Neu:

Herr Schied wies darauf hin, zu prüfen, ob überhaupt ein Bauleitverfahren nötig ist. Nach § 35 BauGB gibt es für Personen, die dort Bestandsschutz haben, Möglichkeiten.

Er bezog sich auf die Aussage, dass den Bürgern geholfen werden soll. Er frage sich, warum nicht alle Bürger in dem Gebiet mit eingeschlossen werden und die Grenzen des B-Plan so gezogen werden. Es gibt Bürger, denen damit nicht geholfen ist.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer